

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952

250 (25.10.1952)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landesmann
gegründet 1898



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 20 Pf. — (Freiseite Nr. 4.)
(Tel. aufgegeben, Inserate ohne Gewähr.)
Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden

4./53. Jahrgang

Samstag, den 25. Oktober 1952

Nr. 250

SPD antwortet der Regierung

Große Debatte zum Vertragswerk

Bonn (UP). Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat ihre Erwiderung auf die Stellungnahme der Bundesregierung zur Verfassungsmäßigkeit des Vertrags über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft veröffentlicht. In dem umfangreichen, über 70 Seiten umfassenden Schriftstück faßt die SPD noch einmal ihre Argumente dafür zusammen, warum sie die Übertragung von Hoheitsbefugnissen auf überstaatliche Gremien nicht ohne vorherige Verfassungsänderung anerkennen kann. Unter anderem sind die Sozialdemokraten der Meinung, daß der Parlamentarische Rat mit seiner Entscheidung, keine Bestimmung über die militärische Verteidigung in das Grundgesetz aufzunehmen, keinesfalls den Weg zur einfachen Gesetzgebung auf diesem Gebiet freigegeben habe. Es sei auch falsch zu behaupten, die in dem Vertrag vorgesehene Einführung der allgemeinen Wehrpflicht verändere nicht das konstitutionelle Gefüge der Bundesrepublik. Das Budgetrecht zum Beispiel als einem Kronrecht der parlamentarischen Demokratie werde „fast bis zur Wesenlosigkeit verstümmelt“, weil der Bundeshaushalt mit mehr als der Hälfte seiner Einnahmen jeder Kontrolle des Bundestages über die Verwendung der Gelder im einzelnen entzogen werde.

Einigung zwischen Spanien und USA

Verhandlungen in Madrid abgeschlossen

Madrid (UP). Die Verhandlungen über das Verteidigungs- und Wirtschaftsabkommen zwischen den USA und Spanien sind zum Abschluß gekommen, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet. Man nimmt an, daß die Unterzeichnung der Abkommen noch in diesem Jahr, jedoch nach den Präsidentschaftswahlen in den USA erfolgen wird.

Wie verlautet, waren die Verhandlungen recht schwierig und dehnlich. Es soll sich um drei Abkommen handeln: 1. ein Verteidigungsabkommen, 2. ein Wirtschaftsabkommen, das mit dem Verteidigungsabkommen verknüpft ist, und 3. ein Abkommen über militärische Hilfeleistung an Spanien auf Grund des Programms für die gegenseitige Sicherheit. Dabei sollen den USA die Benutzung spanischer See- und Luftstützpunkte gestattet werden.

Der spanische Staatschef legt, wie verlautet, großen Wert auf zweiseitige Abkommen mit den USA. Spanien beabsichtigt nicht, den Vereinten Nationen, dem Nordatlantikpakt oder anderen internationalen Organisationen beizutreten.

Denis verhandelte mit Nuschke

Paris (E.B.). Der volkrepublikanische Abgeordnete in der französischen Nationalversammlung Denis, verhandelte vor kurzem in Berlin mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten der Ostzonen-Regierung, Otto Nuschke (Ost-CDU) über Fragen der deutschen Einheit. Denis vertrat in der Pariser Zeitung „Le Monde“ die Ansicht, daß die Möglichkeiten für Ost-West-Gespräche noch nicht erschöpft seien. Frankreich könne in die Bemühungen um die Einheit Deutschlands aktiv eingreifen, wenn es die Oder-Neiße-Linie anerkenne und den Vertrag über die europäische Verteidigungsgemeinschaft v. rindern suche.

Gegenvorschlag zur Saarfrage

Wahrscheinlich keine Verschiebung der Wahlen — Hoffmann bei Schuman

Paris (UP). Aus amtlicher französischer Quelle verlautet, daß Frankreich einen Gegenvorschlag für die von Bundeskanzler Adenauer angeregte gemeinsame französisch-deutsche Saarklärung unterbreitet habe. Dieser Gegenvorschlag sei bereits nach Bonn abgeschickt worden.

Diplomaten in der französischen Hauptstadt erklären dazu, daß die Saarverhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland nunmehr in die entscheidende Phase eingetreten seien.

Der saarländische Ministerpräsident Johannes Hoffmann suchte in Begleitung mehrerer Mitglieder der Christlichen Volkspartei und der Sozialistischen Partei des Saarlandes den französischen Außenminister Schuman auf. Der Unterredung im Quai d'Orsay, die im Zusammenhang mit der Bundeskanzler Dr. Adenauer vorgeschlagenen gemeinsamen deutsch-französischen Erklärung über den Stand der Saarverhandlungen stand, wohnte auch der französische Botschafter im Saarland, Gilbert Grandval, bei.

Der Verlauf der überraschenden Unterredungen läßt die deutsche Seite als nahezu sicher erwartete Verschiebung der Landtagswahlen an der Saar äußerst fraglich erscheinen. Die Unterredungen führten zu keiner Entscheidung über die Wahlverschiebung. Gleichzeitig wurde es offenkundig, daß auch die in Bonn als „unmittelbar bevorstehend“ angekündigte gemeinsame französisch-deutsche Saar-Erklärung nicht sehr wahrscheinlich ist. Ministerpräsident Hoffmann erklärte nämlich beim Verlassen des

Ratifizierung Ende November

Keine Antwort auf Volkskammer-Brief — Heinemann nicht von Moskau finanziert

Bonn (UP). Bundespräsident Dr. Hermann Ehlers kündigte vor der Auslandsreise in Bad Godesberg an, die zweite und dritte Lesung der deutsch-alliierten Verträge im Bundestag werde voraussichtlich in der letzten Novemberwoche stattfinden.

Er habe dem Ältestenrat vorgeschlagen, die Ratifizierung in den Tagen vom 28. bis 29. November vorzunehmen und auch von der SPD keinen Widerspruch gehört. Ehlers setzte sich vor den Auslandsjournaldisten für eine rasche Verabschiedung der Verträge durch den Bundestag ein. Der Bundestag werde seiner Ansicht nach erst nach Weihnachten Gelegenheit nehmen, die Verträge zu beraten. Die Ländervertretung habe sicher ein Interesse, die Vertragswerke in den Ausschüssen ausführlich zu behandeln.

Ehlers meinte, wenn „Abgeordnete ständig neue außenpolitische Perspektiven eröffnen, kommen wir nie zu Ende“. Es gebe aber außenpolitische Gründe, die es „als gut erscheinen lassen“, daß die Bundesrepublik die Verträge nicht als letztes Land ratifiziere.

Der Bundestagspräsident sagte weiter, er werde auf den Brief der Volkskammer-Delegation nicht antworten. In Kürze wolle er den gesamtdeutschen Ausschuß fragen, ob er eine Antwort erteilen solle. Die Antwort dürfe „nein“ lauten. Er habe zudem nie erwartet, daß sich aus dem Besuch der Delegation irgendwelche Gespräche oder Verhandlungen entwickeln. Der Empfang der Delegation in Bonn habe aber in der Ost-West-Auseinandersetzung eine „Pause“ gebracht. „Und wenn er nur das erreicht hat, dann war es ein Erfolg“.

Der frühere Bundesinnenminister Dr. Gustav Heinemann habe sich geweigert, seine politischen Absichten durch Moskau finanzieren zu lassen, versicherte Dr. Ehlers im weiteren Verlauf seiner Ausführungen. Ehlers fügte allerdings hinzu, daß die Unterwanderung der Anhänger Heinemanns aus dem Osten ganz offensichtlich sei.

Französischer Vorschlag für Europa-Verfassung

„Union zur Verteidigung der Menschenrechte“ — Vorläufig kein europäisches Gericht

Paris (UP). Dem europäischen Verfassungsausschuß wurde in seiner zweiten Arbeitssitzung von dem Gaullisten Debre ein Vorschlag unterbreitet, der die Bildung einer europäischen Föderation vorsieht, in der die einzelnen Mitgliedstaaten die Möglichkeit erhalten sollen, ihre individuellen Traditionen und Charakteristika zu bewahren.

Es soll auch Vorkerzung getroffen werden, daß andere Staaten der Union jederzeit beitreten können. Der französische Vorschlag fordert „eine europäische Union zur Verteidigung der Menschenrechte und der Freiheit“. Diese europäische Union sollte durch folgende Institutionen geleitet werden:

1. einen politischen Rat, dem die Regierungen der Mitgliedstaaten angehören. Dieser Rat soll Beschlüsse mit einfacher Mehrheit fassen können.

2. ein europäisches Parlament, das aus Parlamentsabgeordneten der Mitgliedstaaten zu-

Die Vorgänge in Elbingerode

Heinemann und der hessische Kirchenpräsident Niemöller hätten die Tagung der Evangelischen Synode in Elbingerode (Ostzone) mit dem Ziel besucht, dort eine Stellungnahme gegen die Verträge zu erreichen. Sie seien dabei von dem „ehrlichen Willen“ ausgegangen, daß sie damit dem „inneren Willen der Kirche im Osten“ entsprechen würden. Diese Beurteilung habe sich jedoch als falsch herausgestellt, da gerade die Beratungen der Synode einen starken Auftrieb für die baldige Ratifizierung in Bonn gebracht hätten. Die Menschen im Osten warteten mit „erbitterter Ungeduld“ auf die Verabschiedung der Verträge. Sie hofften allerdings noch nicht auf die Befreiung durch Divisionen, obwohl dieses Gefühl bei dem wachsenden Terror immer stärker werde.

Ehlers gab seinen Eindruck von der Tagung der Synode mit den Worten wieder: „Wir müssen den Menschen im Osten vor dem entsetzlichen Zwang und Terror retten. Immer wieder ist uns zugerufen worden: Wann befreien Sie uns — wir können nicht mehr“.

Das Auftreten des FDP-Abgeordneten Dr. Karl Georg Pfeleiderer (Wahlkreis Waiblingen) in Elbingerode nannte Ehlers „überraschend“. Pfeleiderer sei von Heinemann eingeladen gewesen. Eine Sammlung der „politisch Mißvergnügten“ führe zu nichts. Von „Stegner bis zu Etzel“ lasse sich keine tragfähige Gruppe bilden.

Gründet Heinemann eine Partei?

Der Ostzonen-Nachrichtendienst „ADN“ behauptete, der frühere Bundesinnenminister Dr. Gustav Heinemann und die Zentrumsabgeordnete Helene Wessel hätten die Bildung einer neuen Partei im Bundesgebiet beschlossen, die auf der Grundlage der Beschlüsse der „Netzwerkgesellschaft für den Frieden Europas“ die Deutschlandverträge der Bundesregierung ablehne und für die baldige Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ein-trete.

bildet würde. Auch die Beschlüsse dieses Gremiums sollten mit einfacher Mehrheit gefaßt werden.

3. Einen Konsultativrat, dem Vertreter aller Mitgliedstaaten aus folgenden Kategorien des öffentlichen Lebens angehören sollen: Erziehungswesen, Unternehmer und Gewerkschaften sowie Stadt- und Gemeindeverwaltungen.

4. Einen Rechtsrat.

Nach dem französischen Vorschlag wäre der politische Rat für die Föderation verantwortlich. Jede Regierung und jedes Parlament der einzelnen Mitgliedstaaten sollten jedoch die Möglichkeit haben, Beschlüsse des politischen Rates dann vor das europäische Parlament zu bringen, wenn sie glauben, daß sie „gegen die Interessen ihrer Nation“ verstoßen. Somit wäre dann das Europa-Parlament die letzte entscheidende Instanz, der Rechtsrat hingegen die Entscheidungsinstanz gegenüber Beschlüssen des politischen Rates.

Weiter schlug der gaullistische Senator vor, daß eine Europa-Verfassung zum Gegenstand einer allgemeinen Volksabstimmung gemacht werden sollte. Der Pakt sollte nach zwölf Jahren durch eine weitere Volksabstimmung revidiert werden können.

Vorläufig wird es kein zentrales europäisches Gericht geben, wie der Europa-Rat in Straßburg erklären ließ. Im gegenwärtigen Stadium der politischen Entwicklung sei es nicht opportun, weiterhin diesen Empfehlungen nachzugehen, war die Meinung eines Ausschusses, der unter dem Vorsitz des deutschen Beauftragten Dr. Franz Thierfelden tagte.

Eizel für direkte Wahl

Der Vizepräsident der Hohen Behörde der Montan-Union, Franz Etzel, erklärte in Köln vor dem Deutschen Industrie- und Handeltag (DIHT), die Hohen Behörde strebe die direkte Wahl des Parlaments der Montan-Union an. Auf Grund des Vertrages über die europäische Gemeinschaft von Kohle und Stahl ist das Parlament zunächst durch die Volksvertretungen der Teilnehmerländer gewählt worden.

Der Vorschlag des britischen Außenministers Eden, den nicht der Montan-Union angehörenden Mitgliedstaaten des Europa-Rates ein Mitspracherecht in der Schuman-Plan-Versammlung einzuräumen, werde von der Hohen Behörde als ein nicht ungehöriger Versuch betrachtet, den außerhalb der Kohle- und Stahl-Gemeinschaft stehenden europäischen Ländern ein Kontrollrecht zu sichern, das weder die wirtschaftliche Integration des Kontinents noch die Schaffung einer echten politischen Autorität für Europa fördern würde. Etzel bezeichnete jedoch die Assoziation mit Großbritannien, das mit Rücksicht auf seine Stellung im Commonwealth auf Souveränitätsrechte nicht verzichten zu können glaube, als eine dringende Notwendigkeit.

Querschnitt der Woche

Von Eduard Funk

Über Frankreichs politische Bühne geht zur Zeit ein Schauspiel, dessen Sinn nur dann verständlich wird, wenn man nicht nur auf die Szene selbst, sondern vor allem hinter die Kulissen blickt. Im Mittelpunkt des „Theaters“ steht Ministerpräsident Pinay, ein Mann, dem in der Geschichte des französischen Parlamentarismus ein gewisser Raritätswert zukommt, denn er hat es bisher mit erstaunlichem Geschick verstanden, sein Kabinett durch alle Schwierigkeiten einer schwachen Koalition hindurchzusteuern. Rechts von ihm handeln als Verfechter einer durchaus europäisch konzipierten Politik die Minister Schuman und Pleven, mit deren Namen die Ideen der Montanunion und einer Europa-Armee verknüpft sind. Ihnen gegenüber agieren als Urheber des dramatischen Konfliktes — der ja in jedem kunstgerechten Schauspiel unerlässlich ist — die Herren Daladier und Herriot, die — was die Szene besonders pikant macht — zwar zur Regierungskoalition gehören, aber nun plötzlich eine Opposition markieren.

Und warum geht es in diesem „Spiel“ — Daladier und Herriot haben entdeckt, daß die Europäische Verteidigungsgemeinschaft Bestimmungen enthält, die gegen die französische Verfassung verstießen, und ferner zitieren sie vor der Gefahr, die Bundesrepublik könne mit zwölf Divisionen die Sicherheit Frankreichs bedrohen und die Vorherrschaft in Europa an sich reißen.

Sind Daladier und Herriot — so könnte man meinen — von einem Tag zum andern Narren geworden, die sich durch Hirngespinnste schrecken lassen? Nichts wäre falscher als eine solche Vermutung. Wenn Herriot sich auf einmal wieder der früheren französisch-russischen Freundschaft entsann, und Daladier nach Ostberlin zu geheimen Besprechungen fuhr, braucht das noch lange nicht zu besagen, daß diese beiden Staatsmänner auf Moskaus Linie eingeschwenkt wären. Sie sind vielmehr nur Taktiker! Wie übrigens ebenso Pinay, dem sonst hätte er es wohl kaum fertig gebracht, öffentlich zu verkünden, daß er zu den deutsch-alliierten Verträgen stehe, aber nichts gegen die Querschlüsse Daladiers und Herriots einzuwenden habe.

Im Grunde geht es ihm ja auch gegenwärtig gar nicht um den Verteidigungsvertrag, sondern um die Saar und amerikanische Dollars. Und mit dieser Feststellung wird das erwähnte Schauspiel auf der französischen Bühne erst richtig rezensiert. Am Quai d'Orsay errann man nämlich folgende Kalkulation: Dr. Adenauer möchte vor dem Ende der Legislaturperiode des von ihm beherrschten Bundestages die Verträge mit den Alliierten unter Dach und Fach bringen. Gleichzeitig erstrebt er so schnell als möglich eine Lösung des allmählich untragbar gewordenen Saarproblems. Vielleicht — so rechnet man in Paris — könnte man Bonn zu weitgehenden Konzessionen gegenüber den französischen Saarforderungen bewegen, wenn man die Bundesregierung vor das Risiko stellt, daß ihre Verträge mit den Alliierten nicht zustande kommen, falls Frankreich die Ratifikation verweigert.

Neben dieser Spekulation, die man juristisch als „Nötigung“ bezeichnen könnte, steht eine zweite Rechnung: Die USA sind offenkundig ebenfalls am baldigen Inkrafttreten des Verteidigungspaktes interessiert. Sollte es darüber zu einer Regierungskrise in Paris kommen, dann würde die ganze Konzeption der Europa-Politik des State Departments durcheinandergebracht. Vielleicht — so kalkuliert man wieder am Quai d'Orsay — ließe sich Washington infolge dieses Dilemmas doch noch dazu herbei, den bisher abgelehnten Zuschuß von 150 Millionen Dollars zur Sanierung des Pinay-Kabinetts zu stiften.

Wie die Amerikaner auf diese Manöver reagieren werden, wissen wir im Augenblick, noch nicht. Aber in Bonn haben sie unzweifelhaft gewirkt. Der Kanzler beantwortete die Saarfrage der SPD nur mit einer kurzen Erklärung, die keine Neuigkeiten enthielt außer der wenig tröstlichen Behauptung, daß die Verhandlungen mit Paris „nicht aussichtslos“ seien. Sie sind inzwischen allerdings um einen kleinen Schritt vorwärts gekommen, da Schumans Antwort auf das letzte Saarmemorandum Adenauers nicht nur Rückfragen enthält, wie dieser oder jener Vorschlag auszuliegen sei, sondern auch einige Anregungen. Aus ihnen schloß der Kanzler, daß er nun gemeinsam mit Schuman eine Erklärung herausgeben könne, welche die bisher geführten Saargespräche als „Sondierungen“ bezeichnet und ankündigt, daß nun die eigentlichen Verhandlungen beginnen würden. Eine solche Formulierung darf selbstverständlich noch keineswegs als Beginn einer wirklichen Verständigung bewertet werden; es sollte ja auch nur ihr Zweck sein, der Saarregierung die Begründung einer Verschiebung der Landtagswahlen an die Hand zu geben.

Im übrigen konnte der Kanzler, als ihm François-Poncet den Antwortbrief Schumans übergab, darauf hinweisen, daß ihn der Bundestag beauftragte, die deutsche Saarbeschwerte dem Europa-Rat vorzulegen, falls nicht bald eine Einigung erzielt werde. François-Poncet lächelte aber nur diskret bei dieser „Drohung“, denn die nächste Sitzung des Europa-Rats liegt noch in weiter Ferne.

Dafür dürfte Dr. Adenauer wenigstens einen innerpolitischen Erfolg einheimen: Gemäß dem Antrug des Bundesinnenministers

hat das Bundesverfassungsgericht die Sozialistische Reichspartei für verfassungswidrig erklärt. Der „Gefahr von rechts“, die Baden-Württembergs Ministerpräsident Dr. Maier kürzlich beschwor, wurde damit ein Riegel vorgeschoben, dessen Haltbarkeit sich allerdings noch erweisen muß. Und auf dem Plankonto Adenauers steht vielleicht auch der Verlauf der Bundestagsdebatte über das Personal des Auswärtigen Amtes, die ihn wohl kaum zu nennenswerten Umdisponierungen erzwungen haben dürfte, denn die am meisten belasteten PG's im AA sind inzwischen schon versetzt oder pensioniert worden.

Interessant wird für Dr. Adenauer vielleicht die Unterredung werden, zu der sich der neugewählte Vorsitzende des DGB, Walter Freitag, im Kanzleramt angemeldet hat. Freitag hat zwar seinen parteipolitische und weltanschauliche Neutralität als DGB-Chef verkündet, aber im „Nebenberuf“ bleibt er doch Bundestagsabgeordneter der SPD. Es liegt daher nahe, an diese Personalunion Kombinationen zu knüpfen, die weder für den Kanzler, noch für den DGB erfindlich sind, da die Führungsposition der Sozialdemokraten in den Gewerkschaften und deren nach den bisherigen Erfahrungen mit Freitag zu erwartende Radikalisierung die Gefahr einer Spaltung des DGB vergrößert haben.

Wenn wir zum Schluß unserer Chronik nochmals über die deutschen Grenzen hinausblücken, um die wichtigsten Vorgänge zu registrieren, dann stoßen wir auf die unvermittelte in Österreich ausgebrochene Regierungskrise um den Staatshaushalt, über den sich die Sozialisten nicht mit der Volkspartei einigen konnten. Die Folge wird vermutlich ein Provisorium und die Verlegung des Termins der Parlamentswahlen sein.

Im neuen Monumentalgebäude der UN in New York faßte man am Donnerstag das heilige Eisen des Korea-Krieges an. Dabei war auffallend, wie sehr der amerikanische Außenminister Acheson um gemäßigte Töne rang, die den Spekulationen mancher Diplomaten Auftrieb gaben, daß US-Botschafter Jessup, der bekanntlich die Aufnahme der Blockierung Berlins durch die Sowjets zurückgelehrt, mit seinem damaligen Gesprächspartner Gromyko wiederum ein Arrangement abzuschließen könnte, da auf andere Weise eine Lösung des Korea-Problems wohl nicht mehr denkbar ist. Gromyko wird sich dabei allerdings nicht auf den polnischen „Friedensplan“ berufen dürfen, der in der UN-Versammlung bereits mit haushoher Mehrheit der Ablehnung verfiel.

Ähnlich erging es übrigens den Franzosen, die sich vergeblich darum bemühten, das Tunis- und Marokko-Problem nicht auf die Tagesordnung der UN kommen zu lassen. Auch den Engländern ist es nicht ganz wohl dabei, denn die immer wirkungsvoller werdende Front der arabisch-asiatischen Staaten bereitet ihnen immer erheblichere Sorgen, deren nicht geringste der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Teheran ist. Mossade hätte diesen schwerwiegenden Schritt sicher nicht gewagt, wenn er sich nicht anderweitiger Hilfe sicher gefühlt hätte.

Frings appelliert an die Siegermächte
„Strich unter das Kriegsgeschehen“ — Weitere Entlassungen in West

Bonn (UP). Der Erzbischof von Köln, Josef Kardinal Frings, richtet sich in einem Aufruf an die ehemaligen Feindstaaten mit der Bitte, unter das Kriegsgeschehen nunmehr endgültig einen Strich zu ziehen. Der Kirchenfürst, der diesen Aufruf der United Press aus Anlaß der Kriegsgefangenenwoche zur Verfügung stellte, hat in den letzten Jahren verschiedentlich zugunsten verurteilter ehemaliger deutscher Wehrmacht-Angehöriger vermittelnd eingreifen können. Die Erklärung unterstreicht auch die gleichartigen Bemühungen der Evangelischen Kirche.

Während diese Erklärung abgegeben wurde, protestierte in Rom Abgeordnete aller Fraktionen des Italienischen Senats von den Kommunisten bis zu den Regierungsparteien gegen die Begnadigung Feldmarschalls Kesselrings durch die britische Regierung. Landwirtschaftsminister Fanfani sagte im Namen der Regierung de Gasperi, das Kabinett erkläre sich solidarisch mit den Stellungnahmen der Senatoren zu dieser bedauerlichen Angelegenheit.

Aus dem Gefängnis West wurde inzwischen der 1947 als Kriegsverbrecher verurteilte Max Wiesen aus gesundheitlichen Gründen entlassen. Ernst Doll, der zu 29 Jahren Haft verurteilt worden war, wurde zu 12 Jahren und Hans Horstmann, der zu 15 Jahren Haft verurteilt worden war, zu 11 Jahren begnadigt.

In Berlin forderte Vizekanzler Blücher in einer Rede anläßlich der Kriegsgefangenenwoche eine schnelle Revision aller Urteile, die gegen noch im Westen festgehaltene deutsche Kriegsgefangene verhängt wurden. Die Mehrzahl aller Verurteilten deutscher Soldaten dürfte durch ihre bereits sieben Jahre währende Internierung abgegolten sein, erklärte Blücher. In Zweifelsfällen solle man jedoch den Ausweg suchen, neue Urteile von „wirklich hochrangig neutralen“ Richterkollegien fällen zu lassen, in denen sowohl Deutschland als auch die Gewahrsamsmacht vertreten sei. Der Vizekanzler fügte hinzu, der Westen habe in den letzten zwei Jahren schon zwei Drittel der noch zurückgehaltenen Kriegsgefangenen entlassen. Der Rhythmus der Freilassungen sollte jedoch so beschleunigt werden, daß bis zum Abschluß des Europa-Armee-Vertrages durch großzügige Handhabung der Bestimmungen schon das Gefühl geschaffen werde, daß dem deutschen Soldaten seine Ehre in verdientem Maße zurückgegeben worden sei.

Joschida wieder japanischer Premier

Tokio (UP). Schigeru Joschida, der 74 Jahre alte japanische Staatsmann, der schon seit Jahren unter der alliierten Besatzung die japanische Regierung führte, wurde vom neuen Reichstag erneut zum Ministerpräsidenten gewählt. Joschida erhielt im Abgeordnetenhaus 247 der insgesamt 453 abgegebenen Stimmen. Auf seinen stärksten Rivalen, der ehemaligen Außenminister Mamoru Shigemitsu, entfielen 88 Stimmen.

Länder gegen stille Besoldungsreform

Bundesrat erörterte Nachtragshaushalt - Sektsteuer-Senkung gebilligt

Bonn (E.B.). Der Bundesrat versah den Nachtragshaushalt im ersten Durchgang mit einer großen Anzahl von Änderungs Wünschen und sprach sich insbesondere gegen die vorgesehene Stellenvermehrung bei den Bundesbehörden aus. Die Länder bezeichneten es als äußerst bedenklich, eine Art „stille Besoldungsreform“ vorzunehmen.

Der Nachtragshaushalt, der mit 2,155 Milliarden DM in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen ist, geht jetzt an die Bundesregierung zurück. In der Debatte wies Bundesfinanzminister Fritz Schäffer die Änderungs wünsche der Länder energisch zurück. Er gab zu bedenken, daß die Steuerschätzungen wahrscheinlich um 450 Millionen DM überschritten werden würden. Einschließlich der ebenfalls zu erwartenden Überschreitung der Ausgabenansätze müsse mit einem Aufwühl von mindestens 600 Millionen DM gerechnet werden.

Die Länder wünschen unter anderem nicht, daß das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung weitere 1,4 Millionen DM über den Nachtragshaushalt erhält. Ein entsprechender Antrag Hamburgs wurde angenommen. Beim Nachtragsplan des Bundesinnenministeriums wehren sich die Länder gegen die vorgesehene Schaffung weiterer höherer Beamtenstellen, insbesondere angesichts der Kulturhoheit der Länder. Dringend warnten die Länder vor einer weiteren Vergrößerung des Statistischen Bundesamtes, weil der immer mehr wachsende Umfang statistischer Erhebungen auf das notwendige Maß zurückgeführt werden sollte.

Bedenken bestehen bei den Ländern auch hinsichtlich der geplanten Bundesanstalt für den zivilen Luftschutz, für die Planstellen geschaffen werden sollen. Dem vorgesehener Unkostenbeitrag von 200 000 DM für die von den Alliierten betriebene Dokumentenzentrale verweigerten die Länder ebenfalls die Zustimmung, da die Entnazifizierung abgeschlossen sei.

Der Bundesrat stimmte ferner einer Senkung der Schaumwein-Sondersteuer von bis

her drei auf eine DM je Flasche zu. Der Bundestag hatte schon am Donnerstag mit großer Mehrheit ein entsprechendes Gesetz verabschiedet, das am 1. November in Kraft treten soll. Bundesfinanzminister Schäffer wandte sich scharf gegen die Senkung der Sektsteuer, die allein im Rechnungsjahr 1952 noch einen Steuerausfall von rund fünf Millionen DM verursachen würde. Gegen den Vorschlag des Finanzausschusses des Bundesrates, die Senkung der Steuer abzulehnen und den Vermittlungsausschuß anzurufen, stimmten die Länder Rheinland-Pfalz als größtes Weinbaugebiet, Baden-Württemberg, Hessen, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Bremen. Bayern enthielt sich der Stimme, während sich Berlin, Niedersachsen und Hamburg für die Anrufung des Vermittlungsausschusses aussprachen. Man glaubt, daß durch die Senkung der Sektsteuer der Konsum von bisher sieben Millionen Flaschen im Jahr auf rund 12 Millionen gesteigert werden kann.

Schließlich erörterte der Bundesrat zum ersten Male einen Gesetzentwurf, der von den Bundesländern gemeinsam erarbeitet wurde. Es handelt sich um den Entwurf eines Bundesentschädigungsgesetzes, das eine bundeseinheitliche Wiedergutmachung gewährleisten soll. Die Gesamtkosten, die nach diesem Gesetz für die Entschädigung von aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der politischen Haltung in der NS-Zeit verfolgten Personen entstehen, werden auf drei bis vier Milliarden DM geschätzt. Der vom Sonderausschuß für Wiedergutmachungsfragen angearbeitete Entwurf wurde nach kurzer Beratung an den Finanz-, Innen- und Rechtsausschuß des Bundesrats zur weiteren Prüfung überwiesen.

Wegen zwei Gesetzentwürfen — dem Änderungsgesetz zum Milch- und Fettgesetz und dem Bundeswahlgesetz — rief der Bundesrat den Vermittlungsausschuß an. Dem vom Bundestag verabschiedeten Gesetz über den deutschen Wetterdienst der die bisherigen Länderwetterdienste bundeseinheitlich zusammenfaßt, stimmte der Bundesrat zu. Das Gesetz kann jetzt verabschiedet werden.

Auf dem Wege zur Einheit Europas

Wege und Ziele einer Föderation - Kogon auf dem Kongreß der Europa-Union

Eßlingen (ZSH). Das Schicksal von 300 Millionen Europäern zwischen den beiden Weltkriegen der Welt, den USA und der UdSSR, ist das Thema eines Kongresses der Europa-Union, der zur Zeit in Eßlingen stattfindet.

Seine Aufgabe ist es, Mittel und Wege zu suchen, um das in kleine Einzelstaaten zerstückelte Europa aus seinen Gegensätzen und Schwächen zu lösen, die eine tödliche Gefahr für alle sein können. Aus dem Ringen der Großmächte um Einfluß und Vorherrschaft, dem Wettlauf des Abendlandes mit dem erweckten Nationalismus Asiens, zeigte Professor Kogon, der den Eßlinger Kongreß eröffnete, die für uns Deutsche unaussprechliche Notwendigkeit auf, gemeinsam mit dem Westen ein offenes System des Friedens und der Freiheit zu gründen, dem sich alle gleichgesinnten Nationen, je nach ihren Bedürfnissen, anschließen können.

Man dürfe den Versuch, eine westeuropäische Union zu schaffen, so meinte Kogon, nicht bagatelisieren, indem man verächtlich von einem Klein- oder Kleinst-Europa spreche. Ein perfektes Europa, das namentlich das Ziel der Gegner der jetzt zur Diskussion stehenden föderalistischen Lösung ist, sei praktisch nicht möglich. Es gäbe in der Geschichte nichts Perfektes, sondern stets nur einen Be-

ginn zu einer Perfection. Drei Grundlagen hierfür seien bereits vorhanden: Die Montan-Union, ein Verteidigungs-Vertrag und der Auftrag an die Parlamentarische Versammlung der Montan-Union, eine europäische Verfassung auszuarbeiten. Die heute am die Europa-Armee entstandenen Schwierigkeiten hätten ihre Ursache ausschließlich in früheren Unterlassungen, denn die Voraussetzung einer gemeinsamen Verteidigung sei eine gemeinsame Politik. Aus diesem Grunde fordert Kogon mit Nachdruck die baldige Schaffung einer politischen Autorität in Europa.

Auch das Saarproblem werde sich unter solchen Aspekten lösen lassen. Die Basis dafür sei aber weder eine Einigung zwischen Bonn und Paris, noch eine Entscheidung der luxemburgischen Regierung. Praktisch könne es sich nach einer prinzipiellen Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich bei der Europäisierung des Saarlandes also nur um „Zwischenstufen zu Europa“ handeln. Von diesem Gedanken ausgehend formulierte Kogon es als die Aufgabe aller konstruktiven Kräfte unseres Kontinents, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Elemente unseres Daseins allmählich, aber konsequent auf ein einiges Europa auszurichten, das sich zusammenfügen muß, wenn es nicht endgültig der Auflösung und damit seinem Untergang verfallen ist.

Der Aufbau des Staatsgerichtshofes

Die Mitglieder sollen für fünf Jahre gewählt werden

Heidelberg (SWUP). Vor über 3000 Menschen sprachen am „Tag der Vereinten Nationen“ in einer Feierstunde in der Heidelberger Stadthalle Staatssekretär Hallstein und der Alterspräsident der deutschen Bundestags, Paul Löbe. Staatssekretär Professor Walter Hallstein erklärte in seiner Ansprache, daß die auf Gesamt-Europa gerichtete Politik des Bundeskanzlers nicht im Widerspruch zu den Vereinten Nationen stehe. Wenn die deutsche Politik gegenwärtig mit aller Energie die Einbettung der Bundesrepublik in die westliche Welt vorbereite, so tue sie dies nur um das Gleichgewicht im West-Ost-Konflikt herzustellen. Dadurch, so betonte Hallstein, diene die Politik Adenauers dem umfassendsten Ziel der UN, nämlich der Erhaltung des Weltfriedens. Hallstein überbrachte der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, die ihren Sitz in Heidelberg hat, den Glückwunsch der Bundesregierung, und dankte den UN für die Hilfe, die sie dem deutschen Volk nach dem Krieg zuteil werden ließen.

Paul Löbe sagte, die UN arbeiteten mit weit weniger Hemmungen als der einst dem gleichen Gedanken dienende Völkerbund. Es sei bei der UN trotz vieler Unzulänglichkeiten eine weit reifere Atmosphäre festzustellen. Als einen für Deutschland bedeutenden Erfolg der Vereinten Nationen bezeichnete Löbe die Verhandlungen zwischen Ost und West im April 1949 in New York, die die Aufhebung der Berliner Blockade bewirkt hätten. Wohl kaum jemals in der Geschichte der Völker sei es vorgekommen, daß die Siegermächte dem Unterlegenen so sehr geholfen hätten, wie das am deutschen Volk nach dem letzten Krieg geschehen sei.

Zahlreiche Politiker aus aller Welt haben anläßlich des siebenten Jahrestages der Gründung der Vereinten Nationen die Bedeutung und die Leistungen der Weltorganisation gewürdigt. UN-Generalsekretär Trygve Løe be-

zeichnete in einer Sonderbotschaft die Weltorganisation als „die bisher größte Anstrengung in der Geschichte, für einen dauerhaften Frieden und für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt aller Völker zusammenzuarbeiten“. Obwohl die Vereinten Nationen von der Erreichung dieser Ziele noch weit entfernt seien, könne man „gute Anfänge und einige Erfolge auf nahezu allen Gebieten“ beobachten. Die erste Pflicht der Vereinten Nationen bestehe darin, wirksame kollektive Maßnahmen gegen Aggressionen und Friedensstörungen zu treffen. Die Aktion der UN in Korea sei das erste historische Beispiel für kollektive militärische Maßnahmen seitens einer internationalen Organisation.

Der frühere britische Außenminister Morrison erklärte, die Kräfte des Friedens, die Vereinten Nationen und Großbritanniens eigene Sicherheit würden geschwächt, wenn England nicht mit den USA zusammenarbeite. Die USA hätten sich als echtes und loyales Mitglied der Vereinten Nationen erwiesen und zusammen mit anderen Nationen in Korea große Opfer gebracht. Den Gedanken einer „dritten Kraft“ zur Verfolgung eines Mittelkurses zwischen der Sowjetunion und den USA lehnte Morrison ab. Seiner Meinung nach sei für eine Isolationspolitik, die sich bewußt von den USA und der Sowjetunion löse, kein Raum.

Seebahn besichtigte die Alweg-Bahn
Einschienenbahn mit Düsenantrieb

Köln (UP). Bundesverkehrsminister Seebahn ließ sich in Köln-Fühlings zusammen mit anderen Verkehrsexperten aus Spanien, England und Chile den Meßzug der neuen Alwegbahn vorführen. Seebahn zeigte sich an der Vorführung interessiert, äußerte sich jedoch über eine Verwendung der Bahn im innerdeutschen Verkehr zurückhaltend. Er meinte aber, daß das heutige Zweischle-

nenksystem bereits eine gewisse Grenze der Leistungsfähigkeit erreicht habe, die sich vor allem in der Überanspruchung des Fahrplans bemerkbar mache. Große Möglichkeiten sagte Seebahn der Bahn für bisher verkehrstechnisch nicht aufgeschlossene Länder voraus, wie beispielsweise Brasilien oder andere südamerikanische Länder.

Der 39jährige französische Ingenieur Jean Ternisien hat Pläne für eine Einschienenbahn mit Düsenantrieb ausgearbeitet, die vielleicht eines Tages der kürzlich bei Köln erprobten Alwegbahn Konkurrenz machen wird. Ternisien behauptet, seine Bahn könne Geschwindigkeiten bis zu 600 km/h erreichen. Sein Projekt sieht starrstromlinienförmige Fahrzeuge vor, die durch je zwei am hinteren Ende angebrachte Düsenantriebe angetrieben werden.

Für Ausbau der deutschen Forschung
Hahn sprach vor der Max-Planck-Gesellschaft

Hamburg (UP). Für einen schnellen Ausbau der deutschen Forschung setzte sich der Präsident der „Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft“ und Nobelpreisträger Professor Dr. Otto Hahn auf der dritten ordentlichen Hauptversammlung der Max-Planck-Gesellschaft nachdrücklich ein.

Die deutsche Forschung liege heute nicht nur weit hinter der Forschung der Vereinigten Staaten zurück, sondern auch hinter der anderer europäischer Länder. Besonders müsse Deutschland so schnell wie möglich die Uran-Verwendung zu friedlichen Zwecken erforschen. Das Ausland brauche vor einer deutschen Uran-Forschung keine Angst zu haben. Denn „Für Bomben reicht unser Uranvorkommen sowieso nicht aus“, sagte Professor Hahn. Außerdem liege das deutsche Interesse auf einer ganz anderen Seite.

Millionenschäden durch Großbrände

Hamburg (UP). In Norddeutschland ereigneten sich innerhalb von 24 Stunden drei größere Fabrikbrände. In Bremen fiel das zweistöckige Fabrikgebäude einer Großhandelsfirma und Metallwarenfabrik den Flammen zum Opfer. Die Ursache des Brandes, der erheblichen Schaden verursachte, ist noch nicht bekannt. Ein Großfeuer zerstörte auch die Fabrikanlagen der „Norddeutschen Homogen GmbH“ in Triangel, Kreis Githorff (Lüneburger Heide). Das aus ungeklärten Ursachen ausgebrochene Feuer vernichtete die gesamten Maschinen und die Hauptgebäude der Fabrikanlagen. Der Schaden wird von der Werksleitung auf 3,5 Millionen DM veranschlagt. Der größte Teil der 200 Arbeiter muß entlassen werden. Ein weiteres Großfeuer vernichtete in Hamburg das zweistöckige Fabrikgebäude einer Holzfasermaschine bis auf die Grundmauern. Der Schaden beläuft sich auf mehrere 100 000 DM.

SRP will illegal weiterarbeiten
Beweismaterial sichergestellt — Auflösung des niedersächsischen Landtags

Hannover (E.B.). Der niedersächsische Innenminister Borowik erklärte in einem an die niedersächsischen Regierungspräsidenten gerichteten Erlaß, daß die Sozialistische Reichspartei durch ihre „Selbstauflösung“ keinesfalls auf weitere Aktivität verzichtet hat. Die Absicht, weiterhin tätig zu sein, ergebe sich aus dem Material, das dem Innenministerium vorliegt.

Der Minister verweist auf ein Rundschreiben des SRP-Landtagsabgeordneten Ernst Springer, das dieser nach der „Selbstauflösung“ der SRP am 13. September verwickelte und an dessen Schluß es heißt: „Die SRP ist tot — es lebe die SRP“. In einem Rundschreiben der Landesleitung Niedersachsen Süd der SRP vom 7. September heißt es zu dem am 9. November in Niedersachsen durchgeführten Kommunalwahlen: „Es wird empfohlen, nicht als SRP an der Wahl teilzunehmen. Dafür sind Namen zu bevorzugen, die einen von der bisherigen, Parteilicheit unabhängigen Begriff darstellen, wie unabhängiger Block, kommunale Arbeitsgemeinschaft und ähnliche.“

Die niedersächsische Landtagsfraktion der Niederdeutschen Union (CDU und Deutsche Partei) vertrat die Auffassung, daß die Zusammensetzung des niedersächsischen Landtags nach der Aberkennung der SRP-Mandate nicht mehr dem Willen der Bevölkerung entspreche. CDU und DP erwägen deshalb einen Antrag auf Auflösung des niedersächsischen Parlaments.

In sämtlichen bayerischen Städten fanden Durchsuchungen bei SRP-Funktionären und Mitgliedern der verbotenen Partei statt. Die Polizei beschlagnahmte Mitgliederkarten, Kassen, Bücher, Tagebücher, Propagandamaterial und Parteibriefe.

Vietminh wollen über den Fluß
Pleven: „Offensive ohne Bedeutung“

Hanoi (UP). Während die kommunistischen Vietminh-Rebellen ihre frisch eroberten Stellungen am Nordufer des Schwarzen Flusses ausbauen und sich offenbar auf eine Überquerung der Wasserstraße vorbereiten, floßen französische Transporter Tonnen von Munition und Versorgungsgütern für die französisch-vietnamesischen Truppen an das Südufer des Flusses. Nach Berichten von der Front ist es dem französischen Oberkommando gelungen, zwei Drittel der französisch-vietnamesischen Streitkräfte aufzufangen und neu aufzustellen.

In Saigon forderte der vietnamesische Ministerpräsident Van Tam größere amerikanische Hilfe beim Kampf gegen die vordringenden Kommunisten. Er betonte, die jüngsten Erfolge der Vietminh seien nicht entscheidend.

Der französische Verteidigungsminister Pleven erklärte in Paris vor der Nationalversammlung, die plötzliche Offensive der Aufständischen habe das französische Oberkommando zwar überrascht, doch hätten die letzten Rückschläge der französischen Truppe „keine besondere strategische Bedeutung“.

VOM TAGE

Eine „Interessengemeinschaft der Entnazifizierungsgeschädigten“, die in Regensburg gegründet worden war, wurde vom bayerischen Ministerrat verboten.

Der SPD-Parteivorstand tagt am Samstag in Berlin. Er wird sich mit der Berliner Situation und der Verwirklichung des in Dortmund beschlossenen Aktions-Programms beschäftigen.

Der tschechoslowakische Staatspräsident Gottwald kündigte die Reorganisation der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei nach dem Muster der sowjetischen KP an.

1970 Franzosen, die wegen Kollaboration mit den Deutschen verurteilt worden waren, sitzen heute noch hinter Gefängnisgittern.

Fünf Tote — zwei französische Polizisten und drei tunesische Nationalisten — gab es bei einem Feuergefecht bei Bizerta.

Ein erneuter Zwischenfall ereignete sich in einem koreanischen Kriegsgefangenenlager in der Nähe von Pusan. Dabei wurden neun kommunistische Gefangene verletzt.

Zwei Mitglieder der Himalaya-Expedition der Universität Oxford sind gestorben. Der Leiter der Expedition wurde dadurch zur Umkehr gezwungen.

Bei einem schweren Erdbeben in der Türkei wurden 12 Personen getötet und 30 verletzt.

Der neue DGB-Vorsitzende, Walter Freitag, wird am Dienstag in Bonn von Bundespräsident Heuss empfangen werden. Am gleichen Tage wird Freitag auch dem Bundeskanzler einen Besuch abstatten.

Bundesinnenminister Lehr hat sich geweiht, den in seinem Ministerium ausgearbeiteten letzten Entwurf für ein Bundesrundfunk-Gesetz dem Bundestagsausschuß für Film, Funk und Presse vorzulegen, obwohl dieser darum ersucht hatte.

Bundesverkehrsminister Seebahn forderte die Wirtschaft auf, ein „Straßenbau-Forschungsinstitut der deutschen Wirtschaft“ ins Leben zu rufen.

Marty nicht mehr im Politbüro

Paris (UP). Der bereits früher gemeldete kommunistische Führer André Marty ist jetzt aus dem französischen Politbüro, der höchsten Parteinstanz, ausgeschlossen worden. Die kommunistische Partei begründet den Ausschluß Marty's damit, daß er sich geweiht habe, seine „schweren politischen Irrtümer“ zu bereuen und an seiner bisherigen Tätigkeit „Selbstkritik“ zu üben. Der ebenfalls gemeldete kommunistische Führer Charles Tillon habe nur eine „unbefriedigende Selbstkritik“ geübt, Tillon, der keines seiner Parteimitglieder verlor, wurde aufgefordert, eine „ehrliche und aufrichtige Selbstkritik“ nachzuholen.

Berufsordnung für den Einzelhandel

Eine Forderung des Wirtschaftsministers. Bundeswirtschaftsminister Erhard schreibt in einem anlässlich der 3. Delegiertenversammlung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels veröffentlichten Artikel, eine größere Krisenfestigkeit sowie die Rationalisierung und Modernisierung der mittelständischen Unternehmen seien Forderungen, die „in jeder möglichen Weise durchgesetzt werden sollten“. Diesen Wirtschaftskreisen müßten steuerliche Erleichterungen eingeräumt werden, welche die Bildung von Rücklagen ermöglichen. Kreditaktionen könnten hier nicht die Hauptrolle spielen. Erhard setzt sich ferner für die Schaffung einer Berufsordnung für den Handel ein. Danach solle die Berufsausübung von einer Zulassung abhängig gemacht werden. Allerdings dürfe diese Zulassung nicht an Voraussetzungen geknüpft werden, die die Gewerbefreiheit einschränken. Sie müsse dem Zweck dienen, die Leistung und das Niveau des Einzelhandels zu heben. Die Berufsordnung dürfe aber nicht zu einer Erstarrung des Einzelhandels führen, sondern müsse seine Beweglichkeit und Elastizität berücksichtigen.

Ein wirtschaftsstatistisches Büro. Das bisherige volkswirtschaftliche und statistische Büro der Arbeitgebergemeinschaft der südwürttembergischen Industrie- und Handwerkskammern in Reutlingen wird seine Tätigkeit auf das ganze Land Baden-Württemberg ausdehnen. Es wird vom 1. November an bei der Industrie- und Handelskammer in Stuttgart arbeiten. Die Leitung des Büros, das sich in Vierteljahresberichten mit der wirtschaftlichen Lage in Baden-Württemberg befaßt, übernimmt Dr. Klaus Böttgermann, der das bisherige Büro in Reutlingen geleitet hat.

Acheson fordert Waffenstillstand

Oder Fortsetzung des Korea-Krieges — 19 Staaten unterstützen US-Resolution

New York (UP). US-Außenminister Acheson forderte die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen auf, sich auf eine entschlossene Fortsetzung des Korea-Krieges vorzubereiten, falls die Kommunisten tatsächlich keinen Waffenstillstand wünschen sollten.

Acheson, der vor dem politischen Hauptausschuß der UN-Generalversammlung die Korea-Debatte mit einer grundsätzlichen Erklärung einleitete, beschuldigte die Sowjetunion, Nordkorea systematisch auf den Krieg in Korea vorbereitet zu haben. Der Ausbau der nordkoreanischen Armee sei durch die Sowjetunion bereits Anfang 1945 eingeleitet worden.

Seitens des alliierten Oberkommandos in Korea sei alles nur Mögliche unternommen worden, um Korea den Frieden zu bringen. Dagegen hätten die „Aggressoren und diejenigen, die die Aggressoren unterstützten“, nichts für die Sicherung des Friedens getan. Acheson betonte mit allem Nachdruck, daß der Korea-Konflikt nicht ausgeweitet werden dürfe. Er müsse auf Korea selbst beschränkt bleiben. Das Oberkommando der UN-Truppen werde damit fortfahren, in diesem Sinne zu handeln.

Acheson legte dem Ausschuß die Hintergründe dar, die zur Spaltung Koreas und schließlich zum bewaffneten Konflikt führten. Durch das Eingreifen der Vereinten Nationen sei — so betonte der amerikanische Außenminister — der kommunistische Aggression Einhalt geboten worden. Die Angreifer seien hinter die Linie zurückgeworfen

worden, von der aus sie zum Angriff angetreten waren. Dieses Ziel habe aber nur für den Preis zahlreicher Menschenleben erkauft werden können.

19 Staaten, unter ihnen drei skandinavische Länder, die nicht direkt am Korea-Krieg beteiligt sind, haben beschlossen, die amerikanische Korea-Resolution vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu unterstützen.

Französischer Protest

Ein amerikanischer Diplomat teilte in Washington mit, daß der französische Botschafter Henri Bonnet im US-Außenministerium gegen die Haltung der Vereinigten Staaten in der Debatte über die Aufnahme des Tunesienproblems in die Tagesordnung der UN scharf protestiert habe. Bonnet habe zum Ausdruck gebracht, daß die Haltung des amerikanischen Delegierten Gross im klaren Gegensatz zur formellen Garantie stand, die das State Department Frankreich in dieser Angelegenheit gegeben habe. Das amerikanische Außenministerium soll Frankreich versichert haben, daß alles nur Mögliche unternommen werde, um Tunesien möglichst weit ans Ende der UN-Tagesordnung zu bringen.

Großbritannien steht in dieser Frage nach wie vor auf seiten Frankreichs. Wie ein amtlicher Sprecher in London ausführte, basiere die britische Haltung auf der Überzeugung, daß die UN-Charta eindeutig die Behandlung von Fragen ausschließt, die im wesentlichen innerhalb der inländischen Jurisdiktion eines Landes stehen.

Der Mann hinter dem Eisenbahn-Zepp

Der letzte internationale Kapitalist — Als angeblicher Agent auf schwarzen Listen

Das kühne Projekt der Eisenbahn-Zepp soll die Krönung seines arbeitsreichen Lebens werden. Von Köln bis nach Rhodesien beschäftigt man sich mit der „Alweg-Bahn“, die seinen Namen trägt: Axel Wenner-Gren. Ein neues Kapitel begann auch, als er 1942 als Superagent der Achsenmächte auf den schwarzen Listen der Alliierten gebrandmarkt wurde, obwohl es damals bereits den Einsichtigen klar war, daß der bekannte schwedische Multimillionär und Philanthrop nur der letzte Repräsentant eines wahrhaft von Ländergrenzen unabhängigen internationalen Kapitals war. Man warf ihm während des zweiten Weltkrieges vor, in den neutralen Staaten der westlichen Hemisphäre die Geschäfte des Dreiecks Berlin - Rom - Tokio zu besorgen. Der weißhaarige Grandseigneur des modernen Industrialismus mit dem charmannten Umgangformen eines Weltmannes fand jedoch auch in jener Zeit viele Fürsprecher.

Licht für den Panama-Kanal

Es ist nicht sicher, ob sein Vater Bauer oder Exporthändler war, aber er stammt aus Uddevalla im schwedischen Nordland. Errogen wurde er in Deutschland, wo er das Diplom der Berliner Handelsakademie erwarb. An der Spree nahm er auch seine erste Stellung an, stieg aber schon 1907 in die USA über. Dort verdiente er zunächst nur Centa, bekam aber nur noch gute Dollar-Jobs. Er verdiente sie als Handelsreisender zwischen Skandinavien und Amerika. Branche Elektrotechnik. So vermittelte er die Lampen, in deren Licht der Panama-Kanal anlässlich seiner Eröffnung am 15. August 1914 erstrahlte. Bereits 1917 besaß er als junger Mann die Aktienmajorität der Gesellschaft, die ihn beschäftigte. Man verglich ihn mit Rockefeller und Ford. In den folgenden beiden Jahrzehnten brachte ihm jeder seiner finanziellen Schachzüge nichts als Erfolge.

Elektrisch, Elektrokühlschrank, alles klappte vorzüglich. Er kaufte ein Patent für eine halbe Million Dollar auf und verdiente ein vielfaches an Produktion und Handel. Dividenden wurden ihm aus seiner Heimat, aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Amerika gezahlt. Er kaufte Bergwerke und Fabriken auf, warf sich auf Zellulose, kaufte Wälder von riesigen Ausmaßen. Als die schwedische Regierung gegen ausländische Einflüsse in der Wirtschaft ihres Landes vorging, übernahm er von Krupp ein Drittel der Bofors-Munitionswerke, später noch etwas mehr. Als kluger Mann wollte er auch das politische Gras wachsen hören und vermittelte wieder-

holt im Gedankenaustausch zwischen Chamberlain und Göring, der ihn seinen Freund nannte. Axel Wenner-Gren ging es um den Frieden und um das Geschäft. Zur Vorsicht schenkte er aber Stockholm eine Batterie von Luftabwehrgeschützen, gründete eine Fabrik für den Bau von Kriegsfugzeugen.

Menschenfreund mit Widersprüchen

Diese Investitionen hinderten ihn nicht, gleichzeitig seine menschenfreundlichen Neigungen zu kultivieren. Ihn warf der innere Widerspruch dieser spannungsgeladenen Vielseitigkeit nicht um. Schließlich war das Leben selbst widersprüchlich. Er übernahm das Patronat einer wissenschaftlichen Gesellschaft und zahlte 550 000 Kronen für den Aufbau eines Forschungsinstituts für die Chemie der Stockholm-Universität. 1937 stiftete er sogar 30 Millionen Kronen für „nordische Zusammenarbeit und Forschung“. In einem Buch „Appell an Jedermann“ rief er als Besitzer von — vorsichtig geschätzt — 25 Millionen Dollar Barvermögen, zur internationalen Verständigung. Sein Gesamtbesitz jedoch hatte etwa den vierfachen Wert dieser Summe. Seine Jacht „Kronen des Südens“ war ein stolzes Luxusschiff.

Mit ihm fuhr er 1939 von Göteborg aus, um im letzten Augenblick die 300 Schiffbrüchigen der „Athena“ vor dem Tode des Ertrinkens zu retten. Dann fuhr er nach Westindien, um in Nassau, auf den Bahama-Inseln, zu ankern. „Shangri-La“ heißt dort sein Landbesitz, auf dem er mit dem Herzog von Windsor gesellig verkehrte. 1940 fuhr er mit Sumner Welles zusammen nach Berlin zurück, angeblich um den sowjetisch-finnischen Frieden zu vermitteln. Korrespondenten nannte er Göring als den deutschen Mann der Friedensverständigung. Präsident Roosevelt soll sich mit ihm „seiner lange und herzlich unterhalten haben. Den Amerikanern schenkte er 1941 ein Aero-nautisches Labor in Kentucky. In Rio dagegen versuchte er im Zusammengehen mit Krupp große Eisenerzvorräte aufzukaufen. Im gleichen Jahr fand eine von ihm ausgerüstete Expedition in Peru die vergessenen Städte der Inka. Wieder erhielt eine kulturelle Einrichtung seinen Namen und er selbst den Dokortitel von Cuzco.

Wikinger des Weltmarkts

Wenige Wochen später herrschte Aufregung über seinen Besuch in Mexiko. Man sprach von 10 Millionen Dollar, die Wenner-Gren mitbrachte, und vom einmal schwereren britisch-amerikanisch-mexikanischen Projekt. Avila Camacho war sein Freund. Präsident Manuel Prado empfing ihn wie einen König. Es ging um einen Öltrust, um Industrialisierung und um Eisenbahnen. Die schwarze Liste warf

ihn 1942 nicht um. Man nannte ihn Mocchivelli und nahm eines Tages die Verbindung wieder auf. Das amerikanische Idiom spricht er wie ein Yankee, auch mit Erinnerungen an Kurfürstendamm-Deutsch mit Berliner Zungenschlag kann er aufwarten.

Die „Alweg“-Bahn ist ein Lieblingskind seines Alters. Ein Mann steht hinter diesem wahrhaft kontinentalen Vorhaben: hochgewachsen, mit stahlblauen, kühlen Augen und einer bronzefarbten alterledernen Haut, ein zuverlässiger Spekulant und ein Aristokrat, der ohne mit der Wimper zu zucken sein Vermögen im großen Spiel der Weltmächte zum Einsatz bringt, ein „Jüngling“ von 71 Jahren. (Rp)

Das einzige Hundemuseum der Welt

Der Dackel in der Vitrine — Das älteste Haustier in 7000 Bildern

Wir wissen heute, daß der Hund dem Menschen schon in grauer Vorzeit als Begleiter, Beschützer, Kampfgefährte und Wächter treu gedient hat. Nach Ansicht vieler Forscher ist „canis familiaris“, wie seine wissenschaftliche Bezeichnung lautet, überhaupt das älteste Haustier. Darauf deuten schon die frühesten Knochenfunde hin, die noch aus der Übergangszeit von der älteren zur jüngeren Steinzeit stammen. Die „Urahnen“ der heutigen Haushunde, deren Abstammung noch umstritten ist, waren wohl eine nacheiszeitliche Dogge, deren Überreste in einer Höhle der französischen Pyrenäen entdeckt wurden, der kleine, spitzzählige Torhund und ein südindischer Wolf. Der Schädel, an dem man früher gedacht hat, scheidet dagegen als Stammvater aus zoologischen Gründen aus. Die Vorfahren der Schäferhunde lassen sich bis zur Bronzezeit, jene der Jagdhunde bis zum Ende der Steinzeit zurückverfolgen.

Diese Entwicklung wird durch das einzige Hundemuseum der Welt veranschaulicht, das man in einem alten Palast am Minoritenplatz in Wien eingerichtet hat. Sein Schöpfer ist der österreichische Tierarzt Dr. Emil Hauck, der als Kynologe Weltruf genießt. In vielen wissenschaftlichen Aufsätzen und Vorträgen hat er nicht nur die Abstammung, Rassen und Verwendung des Haushunds, sondern auch seine Abrichtung, Haltung, Pflege, Psychologie und Zucht gründlich untersucht. Das Wiener Museum enthält neben 7000 Bildern und Fotos, darunter wertvolle, alte Gemälde und Kupferstiche, 900 skelettierte Schädel von Hunden oder deren Verwandten. Ferner ist eine interessante Sammlung von kynologischen Abzeichen oder Medaillen, sowie Hundesteuermarken aus vielen europäischen Ländern vorhanden.

Da der Begründer des Museums in erster Linie Tierarzt und dann erst Züchter ist, hat man dort größten Wert auf die Darstellung der zahlreichen Hundkrankheiten gelegt. Diese reichen von der gefährlichen Tollwut über die Hundestaupe und Tuberkulose bis zur sogenannten Stuttgarter Hundeseuche, dem Krebs der Rachis und Räude. Auch von Flechten, Nierenerkrankungen und dem Grauen Star werden unsere getreuen, vierbeinigen Hausgenossen gelegentlich heimgesucht. Die häufigste Infektionskrankheit ist die Staupe, von der auch Katzen, Füchse, Iltisse, Leoparden, Nerze, Steinmarder und Wölfe nicht sicher sind. Der Ansteckungsstoff, ein filterbares Virus, wird wahrscheinlich meist mit dem Futter, aber auch durch Einatmung übertragen. Schließlich wird der Haushund von vielen tierischen Schmarotzern geplagt, unter denen allein fünf Bandwürmer sind. Sie können zum Teil, ebenso wie die Flechten, auf den Menschen übertragen werden.

Auf allen diesen Gebieten zeigt das Wiener Hundemuseum viele Abnormitäten oder Musterbeispiele, die für das Studium der Kynologie, der Lehre von den Hundkrankheiten, von unschätzbarem Wert sind. Eine Sammlung konservierter Welpen aber vermittelt Einblicke in geheimste Züchtungsvorgänge. Der Mensch hat auf diesem Gebiet versucht, der Natur ins Handwerk zu pfuschen, wobei es ihm ebensowenig an Fehlschlägen wie Erfolgen fehlte.

Eigentümer des Museums ist der Wiener Verein der Hundefreunde, als dessen Kustos Dr. Hauck unermüdet wirkt. Natürlich wird diese Schaustätte von Kynologen und Hundehaltern aus aller Welt besucht, mag sie nun wissenschaftliches Interesse, reine Neugierde oder Tierliebe dazu veranlassen. Sie finden dort Anregung und Belehrung in einem Maße, wie sie ihnen sonst kein Spezialmuseum vermitteln kann. M.J.



neu in Mischung und Format. Neu ist auch das äußere Gewand, in dem sich die Texas nunmehr präsentiert. Ihre in den Farben Weiß, Rot und Gold strahlende neue Packung ist Symbol für eine Zigarette von ungewöhnlich brillantem, lebhaftem Charakter, duftiger Milde und ausgesprochener Eigenart.

Muß es ein „Reklame-Doktor“ sein? Vom „Margarine-Doktor“ über den „Hunger- studenten“ zum akademischen Titel

Es hat den Anschein, als ob in der Zeit nach dem 1. Weltkrieg der juristische Dokortitel dem „Margarine-Doktor“ der Zeit nach dem 1. Weltkrieg der Rang abläufe. Ohne den juristischen Dokortitel ist eine Stellung in der Wirtschaft kaum noch erreichbar.

Gegen die damit verbundene Entwertung der juristischen Dokortitel wenden sich die Ministerien ebenso wie die Studenten, die Universitäten ebenso wie die Altherrenverbände und sonstigen akademischen Organisationen. Die Zulassung zur Promotion wird heute schon bei den meisten Universitäten von Sonderleistungen abhängig gemacht, die wiederum dem weniger bemittelten Einzelnen nur schwer erreichbar sind.

Der Dokortitel als Existenzfrage ist ein Kriterium unserer Gegenwart. Hand in Hand damit geht zwangsläufig eine Entwertung des akademischen Grades schlechthin. Diesem Umstand möchte man von den verachtlichsten Seiten begegnen. Die Beweggründe sind ebenso verschieden wie die einzelnen Auffassungen.

In der Bundesrepublik bestehen zur Zeit 13 Universitäten mit rechtswissenschaftlichen Fakultäten: Bonn, Erlangen, Frankfurt a. M., Göttingen, Hamburg, Heidelberg, Kiel, Köln, Mainz, Marburg, München, Münster, Tübingen, West-Berlin und Würzburg.

An diesen Universitäten haben von 1945 bis zum Sommersemester 1932 insgesamt 2.459 Studenten promoviert. An beamteten Professoren stehen diesen jungen Doktoranden 133 zur Verfügung, so daß — allerdings nur eine Verhältniszahl — auf jeden beamteten Professor 209 Doktoranden kommen. Das ist eine geradezu inflationistisch anmutende Zahl. An der Spitze der deutschen Universitäten mit den höchsten Ziffern steht Erlangen mit 506, München mit 379 und Köln mit 369 juristischen Doktoranden. Der juristische Dokortitel ist, wie jeder andere auch, ein Titel, der für eine besondere wissenschaftliche Leistung verliehen wird.

Viele Studenten haben bei der heutigen Lage nicht die Möglichkeit, Zeit und Geld aufzubringen, um eine besondere, selbständige wissenschaftliche Leistung zu vollbringen. Sie sind zufrieden, wenn sie ein Zweckstudium hinter sich gebracht haben, durch das sie in die Lage versetzt werden, eine Stellung innerhalb der Wirtschaft zu bekommen. Wenn nun auf der einen Seite die Wirtschaft den Doktorgrad verlangt, auf der anderen Seite die Universitäten, um einer Degradierung des Dokortitels vorzubeugen, die Zulassung von Sonderleistungen (Klausuren, wissenschaftliche Referate) abhängig machen, dann ist für viele Studenten die aufgewandte Mühe, Zeit und Geld verloren, da es auf keiner Seite langem will, die Sonderleistungen zu erfüllen. Dazu reicht einmal das Geld nicht oder die Werkstoffkostenzeit ist nur begrenzt möglich oder man muß zu einem sogenannten „Hungerstudenten“ werden, der sich die wissenschaftlichen Semester sozusagen vom Munde abspart und während dieser Zeit sich „den Riemann enger schnallt“.

Ein Ausweg scheint nur dann möglich, wenn die Wirtschaft von ihrer Forderung, für die unmöglichsten Stellungen den „juristischen Dokortitel“ zu verlangen, absteht. Dabei wäre das durchaus denkbar, da es sich nicht um die einzelnen Wirtschaftsmittelverhältnisse, sondern um die „Reklame-Doktor“ handelt. Eine Lösung dieser Frage wird zwar von allen Seiten angestrebt, erreichbar scheint sie aber noch lange nicht zu sein. Der Drang zu den juristischen Fakultäten dauert inzwischen unvermindert an. (swk)

Wirtschaft in Kürze

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Österreich wurden Vereinbarungen über Zolltarife parafiziert, in denen beide Parteien zusätzliche Konzessionen zu dem im Jahre 1931 im Rahmen der Zolltarifkonferenz von Torquay abgeschlossenen Zollabkommen machten.

Die Einfuhr-Ausschreibungen der Bundesregierung für ausländische Butter sind bisher nur von Schweden mit einem Angebot über 600 Tonnen zum Preis von 6,35 DM je Kilogramm beantwortet worden. Die schwedische Butter wird danach beim deutschen Verbraucher etwa 7 DM kosten.

In der Torfhütte

Erzählung von Karl Fuß

Die Loni Bergentreuter hat den ganzen Morgen heute Torf umgesetzt im Ried. Weit draußen, am „siebten Berg“, eine gute Strecke vom Hof weg. Viele Stunden lang hat sie sich über die Torfhaufen gebeugt, ein paar Tausend Stück hat sie in der Hand gehabt, jedes einzelne mußte umgedreht und anders gelagert werden, damit es gut trockne. Da weiß man, was man geschafft hat. Der Bruder hatte mitkommen und helfen wollen, aber der Bleß kam es plötzlich in den Sinn, an diesem Morgen zu kalben, da mußte der Anton im Stall bleiben. Loni nahm sich was zu essen mit, denn bei dem weiten Weg lohnte es nicht, mittags nach Hause zu gehen. Sie hat sich das Mitgebrachte schmecken lassen, nun will sie etwas ausruhen, ehe sie wieder an die Arbeit geht.

Ach wie schön ist das, so ausgestreckt dazuliegen! Ein kleiner Luftzug fächelt immerhin durch die Ritzen der alten Hütte und säuselt einem wohligh über die bloßen Glieder.

Morgen muß sie nochmals Torf umsetzen, aber da wird der Anton helfen, dann ist's auch nicht so langweilig. Und dann ist Sonntag, da kann man eine Stunde länger schlafen und nachmittags geht man heimgarten, trifft die und jene Gespieln, den und jenen Burschen. Die Mannesleute sind allmählich hinter ihr her, sie merkt es, und sie weiß auch, daß man sich nicht versieht an ihr. Sie ist zwanzig Jahre alt, rank und gesund, schaffig, und sie kriegt auch einen netten Batszen mit. Allzulange wird's schon nicht mehr dauern und sie wird im Eigenen. Sie freut sich darauf, sie wird ihr Sach fleißig umtreiben, sie wird Kinder haben, wie schön wird das sein. O, sie würde auch, wo sie am liebsten hinginge. Aber der Heimberger Jo-

Schwerpunkt Verwaltung oder Fremdenverkehr?

Zum bevorstehenden Besuch der Landesregierung in der südbadischen Metropole Freiburg

Die vorläufige Regierung von Baden-Württemberg wird am Dienstag der Stadt Freiburg ihren ersten offiziellen Besuch seit der Gründung des neuen Bundeslandes abstatten.

Interessiert und gespannt blickt die Bevölkerung Freiburgs auf den bevorstehenden Besuch der Regierung Baden-Württembergs in der ehemaligen Landeshauptstadt Südbadens, von dem die künftige Rolle und Bedeutung der Stadt wesentlich abhängen dürfte. Seit der Liquidation der Regierung Wobler ringt Freiburg heftig um sein Prestige. Alle maßgeblichen Stellen und die führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sind sich darin einig, daß nach dem Verlust des Regierungssitzes und damit zahlreicher Verwaltungen zu Gunsten der Stadt Entscheidendes getan werden muß, um ihre Lebenskraft zu erhalten. Während von einem Teil vorgeschlagen wird, möglichst viele Zentralbehörden nach Freiburg zu ziehen, meint ein anderer Teil, es sei namentlich eine Gelegenheit vorhanden, Freiburg zu einer Fremdenverkehrsstadt auszubauen.

Der Sitz eines Regierungspräsidiums ist Freiburg zwar von niemandem streitig gemacht worden. In der Tat ist Freiburg als Sitz des Landesbezirkspräsidiums wie keine andere südbadische Stadt geschaffen. Weiter glaubt Freiburg, einen Anspruch zu haben, auch weiterhin Sitz einiger zentraler Behörden zu bleiben. Durch die Errichtung der geologischen Landesanstalt und die Verlegung des Oberbergamts nach Freiburg hat die Regierung solchen Wünschen zum Teil schon entsprochen. Oberlandesgericht und Oberfinanzdirektion werden Freiburg allerdings von Karlsruhe noch streitig gemacht.

Zur Wiedererlangung ihres Prestiges als Fremdenverkehrsstadt fehlen Freiburg wegen der Kriegszerstörungen noch manche Voraussetzungen. In dieser Richtung erwartet die Bevölkerung von Freiburg von der Stuttgarter Stellen ebenfalls Verständnis und finanzielle Hilfe.

Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang Äußerungen, die Universitätsprofessor Dr. Friedrich Metz, der auch Mitglied der Kommission für die Neugliederung des Bundesgebietes ist, in bezug auf das künftige Schicksal Freiburgs gemacht hat. Auf dem Gebiet des Verkehrs empfiehlt er den Ausbau aller Verbindungen in östlicher Richtung, insbesondere den Weiterbau der Elzalbahn ins Kinzigtal, um die günstigste Verbindung nach Stuttgart herzustellen. Der Bau dieses Anschlußstückes sei nicht nur im Hinblick auf die Landeshauptstadt, sondern auch für Freiburg wichtig, da die Kinzigtalgemeinden und die württembergischen Zentralen Freudenstadt und Schramberg verwaltungsmäßig auch nach Freiburg tendierten.

Professor Metz teilt mit, daß Freiburg in den nächsten Tagen eine Forstdirektion erhalten werde. Er befürwortete weiter die Schaffung einer landwirtschaftlichen Abteilung an der Freiburger Universität sowie die Errichtung einer Bezirks-Landwirtschaftskammer.

Prof. Metz sprach sich gegen jede Abtretung nördlicher Teile Südbadens an den Regierungsbezirk Karlsruhe aus. Ein Regierungsbezirk müsse mindestens eine Million Einwohner zählen, um sich gegenüber der Zentrale durchsetzen zu können. Südbaden habe den Vorrang der geschlossensten der vier Regierungsbezirke zu sein.

Der Aufbau des Staatsgerichtshofes Die Mitglieder sollen für fünf Jahre gewählt werden

Stuttgart (sw). Der Verfassungsausschuß der Verfassunggebenden Landesversammlung Baden-Württemberg hat den Artikel über den Staatsgerichtshof beraten und damit die erste Lesung des Abschnittes „Die Rechtspflege“ abgeschlossen. Mit großer Mehrheit beschloß der Ausschuß, daß die Mitglieder des Staatsgerichtshofes jeweils für fünf Jahre gewählt werden sollen.

Die Mitglieder dürfen weder einem Parlament noch einer Regierung angehören. Der Staatsgerichtshof setzt sich nach dem Beschluß des Ausschusses aus fünf richterlichen und vier nichtrichterlichen Mitgliedern zusammen. Der Vorsitzende, der wie die anderen Mitglieder des Staatsgerichtshofes vom Landtag gewählt wird, muß Richter sein. Es kann daher beispielsweise nicht ein Professor der Rechte dieses Amtes übernehmen. Der Ausschuß sprach sich ferner dafür aus, daß der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes nicht unbedingt der höchste Richter des Landes zu sein braucht.

Der Staatsgerichtshof entscheidet unter anderem bei Zweifeln oder Meinungsverschiedenheiten über die Vereinbarkeit von Landesrecht mit der Verfassung sowie über andere Angelegenheiten, die ihm durch die Verfassung oder durch Gesetz zugewiesen werden.

Eine vom Verfassungsausschuß eingesetzte vierköpfige Kommission soll bis zur zweiten Lesung des Artikels über den Staatsgerichtshof eine in der Prädikatur des Ausschusses ausgearbeitete Formulierung über eine Zuständigkeitsfrage überprüfen und gegebenenfalls Änderungen vorschlagen.

Die vier Mitglieder dieser Kommission, Dr. Gebhard Müller (CDU), Dr. Ernst Haas (SPD), Professor Dr. Otto Gönnewein (DVP/FDP) und Dr. Karl Mocker (BHE), sind Juristen.

In seiner nächsten Sitzung wird der Verfassungsausschuß mit der Beratung des Abschnittes „Die Verwaltung“ beginnen.

Rechenschaftsbericht des Einzelhandels

Ein Berufungsgesetz ist das Hauptanliegen - Anschluß an Mittelstandsblock erwogen

In ihrem Bericht über das Geschäftsjahr 1931/32, der bei der 3. Delegiertenversammlung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels in Hannover veröffentlicht wurde, unterstreicht die Hauptgemeinschaft ihre bisherigen Erfolge. Sie seien dadurch erreicht worden, daß man „jeweils auf treibender Basis und mit vielen Bundesgenossen“ vorgegangen sei. Der Bericht kritisiert insbesondere die außerordentliche Ausdehnung der Wandertage, welche die Hauptgemeinschaft zu der Forderung gesetzlicher Maßnahmen veranlaßt habe. Danach sollten Wandertage ansonsten nur noch zugelassen werden, wenn sie auf kurze Dauer beschränkt seien und nicht turnusmäßig an den einzelnen Ort zurückkehren. Weitere Bemühungen hätten darauf verwendet werden müssen, Wochenmärkte, die Verkaufsfähigkeit der öffentlichen Versorgungsbetriebe, den Werk- und Behördenhandel und den Verkauf von Waren aus Trink- und Imbissbetrieben, auszuscheiden. Das Hauptanliegen bleibe bei allem aber die Schaffung eines besonderen Berufungsgesetzes, das als Voraussetzung für die Errichtung eines Einzelhandelsgerichtes Sachkunde und Zuverlässigkeit

verlangt müsse und unter Umständen schon vorzeitig als Übergangsgesetz erlassen werden müsse, wenn die Vorarbeiten zu der endgültigen Schaffung des Berufungsgesetzes sich als zu langwierig erweisen sollten.

In der Frage des Kartellgesetzes verlangt der Bericht besondere Berücksichtigung des Einzelhandels bei den Problemen des Markenartikelwesens bei der Preisbindung zweiter Hand. Die Hauptgemeinschaft habe es erreicht, daß nur solche Markenartikel unter die Ausnahmeregelung fallen und keine Inflation sogenannter Markenartikel eintritt könne. Allerdings müsse neben der Herstellerkarte auch noch die Handelskarte berücksichtigt werden. Das gesamte Gesetz erscheine jedoch infolge der vorgeschlagenen Anwendung der Ausnahmeregelungen fragwürdig, weil es dadurch praktisch ein Verbotsgesetz für den noch übrigbleibenden Teil der gewerblichen Wirtschaft werde.

Da die Grenzen der steuerlichen Belastungsfähigkeit der Unternehmen bereits überschritten seien, sehe sich der Einzelhandel gezwungen, steuerliche Maßnahmen zu fordern, die den Einzelhändler die Möglichkeit geben, seine volkswirtschaftlichen Aufgaben zu erfüllen, heißt es

weiter. Entsprechende Vorschläge seien ausgearbeitet. Die vom Bundesfinanzminister vorgelegene Verschärfung der Steuerstrafen müsse abgelehnt werden.

Wie der Präsident der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, Bundestagsabgeordneter Schmitt, auf der fünften Delegiertenversammlung der Hauptgemeinschaft in Hannover mitteilte, wird vom deutschen Einzelhandel der Anschluß an den Mittelstandsblock erwogen. Die bisher hierüber geführten Gespräche mit dem Mittelstandsblock hätten bereits zu einer Verständigung über Ziele und Zusammenarbeit geführt.

25 Minuten Arbeit für ein kg Brot

Ein aufschlußreicher Vergleich

In Westdeutschland muß ein Industriearbeiter für ein Kilogramm Brot 25 Minuten arbeiten, in Dänemark fünf Minuten und in Italien 35 Minuten. Aus einer Aufstellung des Bundeserwerbsministeriums geht ferner hervor, daß in England der Industriearbeiter für ein Kilo Brot 19 Minuten, in der Schweiz 14 Minuten, in Belgien 19 Minuten, in den Niederlanden 23 Minuten, in Frankreich 23 Minuten und in Österreich genau wie in Westdeutschland 25 Minuten arbeiten muß. Deutschland liegt also bei dem Vergleich fünf Minuten über den westeuropäischen Durchschnitt von 20 Minuten.

Der Vergleich zeigt dagegen auch, daß die Erwerbskosten im Verhältnis zum Lohn in Westdeutschland bei Kartoffeln, Rindfleisch, Schweinefleisch, Speck, Margarine und Milch unter dem Durchschnitt nach 90 Brotter über dem europäischen Durchschnitt liegen, neben Brot liegen sie demgegenüber nach 90 Brotter über dem europäischen Durchschnitt genau die europäischen Durchschnittszeit von 47 Minuten für das Kilogramm Zucker und von acht Minuten für ein Ei arbeiten.

Welthandelsflotte 40 Proz. über Vorkriegsstand

Durch die zur Zeit bei den Werften vorliegenden Aufträge wird die Welthandelsflotte gegenüber dem gegenwärtigen Stand um 24 Prozent und um 40 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit vergrößert werden. Dies ist einer vom amerikanischen Reeder-Verband veröffentlichten Aufstellung zu entnehmen. Wie in der Zusammenstellung weiter ausgeführt wird, sind rund 90 Prozent der in Auftrag gegebenen Schiffstypen Tanker, während auf Frachter 33,3 und auf Passagierschiffe 2,8 Prozent entfielen. An dem nur 2,8 Prozent in Auftrag gegebenen Schiffsraum sei Großbritannien mit 27,2 Prozent am stärksten beteiligt. Am zweiten September 1932 betrug die Flotte 22,1 Prozent. Anfang September 1932 betrug die Flotte mit einer Gesamttonnage von 899.338 im Bau davon wurden 78 Schiffe mit insgesamt 145.392 BRT vom Ausland in Auftrag gegeben.

Steuererleichterung für Vertriebene

Auch Lastenausgleichsarbeiten begünstigt

Im Bundesfinanzministerium wird erwogen, die Steuerbegünstigung für Darlehen an den Lastenausgleichsfonds in einem besonderen Artikel des Einkommenssteuergesetzes zu regeln und nicht wie ursprünglich geplant, mit den Bestimmungen über Darlehen für den Schiffbau zu verbinden. Der Bundesausschuß für Steuern und Finanzen hat vorgeschlagen, die Möglichkeiten für die Abschreibung beweglicher Anlagegüter für Vertriebene, politisch, russisch und religiös Verfolgte bis zum 31. März 1936 zu verlängern. Ursprünglich sollten die Abschreibungsbestimmungen nur bis zum 31. März 1932 gelten.

Preisstop für Grundstücke wird aufgehoben

Die Preisbindung für bebauete Grundstücke soll nach einer Mitteilung des Bundeswirtschaftsministeriums in Kürze aufgehoben werden. Eine entsprechende Reichsverordnung sei in Vorbereitung. Wie Minister Erhard im Bundestag erklärte, plant auch das Bundesernährungsministerium die Vorlage eines Gesetzesentwurfs zur Aufhebung der Kontrollratsbestimmungen für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke. Darin soll für diese Grundstücke ebenfalls vom Preisstop abgegangen werden.

700 Millionen Steuerausfall durch Schmuggel

Jede zehnte Zigarette und jede vierte Tasse Kaffee oder Tee, die zur Zeit im Bundesgebiet konsumiert werden, stammen aus Schmuggelgeschäften. Wie Bundesfinanzminister Schäfer im „Bulletin“ mitteilt, betrug der Gesamtwert an Steuereinnahmen durch Schmuggel in den letzten zwölf Monaten für Bund und Länder rund 700 Millionen DM. Nach den Schätzungen des Bundesfinanzministeriums sind in diesem Zeitraum 3,3 Milliarden Zigaretten, etwa fünf Milliarden Blatt Zigarettenpapier, 15.000 bis 16.000 Tonnen Kaffee und etwa 300 Tonnen Tee geschmuggelt worden.

gehöre sich. „Und weißt“, fügte er schalkhaft hinzu und schloß sie in die Arme, „weißst, gefallen hast mir halt auch arg — vorher schon und dann drauf erst recht!“ Und sie wurden wahrhaftig beide rot über diesen necken Scherz.

Und noch mehr Jahre hat's gedauert, die Älteste von ihnen war selber schon fast mannbare, bis Loni einmal damit herausrückte: sie sei damals durch das Geräusch seiner Schritte aufgewacht, habe durch eine Ritze gelugt und ihn schon sich der Tür nähern sehen; da habe sie in ihrer Angst und Scham nicht mehr anders gekonnt als sich weiterhin schlafend stellen. „Ich hätte mich sonst ja zu Tode geschämt“, so schloß sie ihre Beichte. „Und weißt das einzige, was mich dabei beruhigt hat, war halt, daß gerade du es warst, den ich immer schon so lieb hatte“.

Sie waren nicht mehr in dem Alter, wo man über solche Bekenntnisse errotet. Aber sie lächelten sich dankbar und glücklich an.

Geologische Spezialkarte erschienen

Die erste neue geologische Spezialkarte nach dem Kriege im Bundesgebiet ist jetzt von der Badischen Geologischen Landesanstalt in Freiburg herausgebracht worden. Es handelt sich um ein Kartenblatt vom Dreiländereck um Lörrach im Maßstab 1:25.000. Der rechtsrheinische deutsche Teil des Blattes, das das Gebiet von Lörrach bis Holzen umfaßt, ist von einem Lörracher Studienrat bearbeitet worden, der linksrheinische Teil von einem Professor aus Saarbrücken. Das Blatt umfaßt das Lörracher Hügelland, ein jungtätig eingetrenchtes Bruchschollenland mit dem Isteiner Klotz als Eckpfeiler, außerdem das südliche Ende des Oberrheingrabens.

War er auch kein Duckmäuser, so fiel ihm doch der Umgang mit den Mädchen beim Heimgarten oder im Tanzsaal nicht so ganz leicht. Er hing sehr an seiner Mutter, und die scheue Vererbung, die er für sie empfand, übertrug er unwillkürlich auf das ganze Geschlecht. Ein wenig beneidete er ja die Kameraden, die den Frauenleuten so nette Sachen sagen oder gar antun konnten. Er wäre schon zufrieden gewesen, hätte er es endlich einmal übers Herz gebracht, die Loni Bergentreuter kockweg zu fragen, ob sie ihn eigentlich auch ein bißchen gern habe und ob sie es mit ihm wagen wolle. Warum war er nur so schwerfällig?

In solchen Gedanken schritt er auf die Torfhütte zu. Haschelle da nicht etwas? Nein, Mittagstille überm Ried.

Als er die Schwelle überschreiten wollte, prallte er zurück. Das Blut schoß ihm in den Kopf, ein paar Horrschläge lang stand er angewurzelt, dann wandte er sich hastig um und entfernte sich mit vorsichtigen schnellen Schritten. Ohne sich noch einmal umzusehen, lief er verstört dem Dorfe zu.

Am nächsten Sonntag fragte der Josef die Loni, ob sie die Seine wagen wolle. Sie sei es schon, antwortete sie mit einem unerschütterlichen Augenblick und wurde über und über rot; sie schien noch verlegener als er selbst, was ihn etwas verwunderte.

Die Ehe der beiden war gesegnet; es hätte nicht besser gehen können. Und es hat etliche Jahre gedauert, bis Josef seiner Frau einmal gestand, was damals passiert sei: daß er sie in der Torfhütte schlafend gesehen und daß er sich daraufhin endlich ein Herz gefaßt habe, sie um ihr Jawort zu bitten. Denn schließlich: wenn man eine Frau „so“ gesehen hat, muß man sie auch heiraten, das

sef hat scheint's keine Augen im Kopf! Oder ist er schüchtern und traut sich nicht zu fragen? Ein bißchen Einspänner ist er ja, aber so einer ist ihr lieber als die Schwärzer und Süßholzraspeler. Merkt er denn nicht, daß sie ihn leiden mag? Sie kann ihm doch nicht nachlaufen, dem dummen Kerl, dem sie... O je — wenn er sie jetzt so sieht... Indes sie an diesem netten Faden spinnst, sind ihr die Augen zugefallen.

Der Bauernsohn Josef Heimberger hatte in der Stadt zu tun gehabt. Auf dem Heimweg war er mit dem Rad in einen Nagel gefahren und hätte es bei einem Bekannten im nächsten Dorf untergestellt, da der Schaden nicht so leicht behoben werden konnte. So mußte er den Weg eben vollends unter die Füße nehmen und wählte die Abkurzung über's Ried, da konnte er in einer guten Stunde zuhause sein.

Da war er auch schon am siebten Weg. Eigentlich könnte er etwas ausruhen, bevor er es vollends packte. Er hatte zu Mittag ja zuhause sein wollen, jetzt war er müde und hungrig, ein Viertelstündchen Rast würde gut tun. Da stand die Hütte vom Nachbar Bergentreuter, in der könnte er wohl ein Weibchen verschlafen.

Schaß, daß die Loni nicht da war. Wenn er sie jetzt so allein trübe, dann traute er sich vielleicht auch, sie etwas zu fragen. Mit dem Vater und der Mutter hatte er schon einmal andeutungsweise gesprochen, die sah den Loni gern auf dem Heimberger Hof. Er würde nicht mehr lange zögern dürfen, sonst schnappte sie ihm womöglich ein anderer weg, so ein nettes und hübsches Mädchen. Ob sie überhaupt wollte, daß er sie — daß er sie — daß er sie liebt, ja selbst in Gedanken ging ihm das großartige Wort schwer von der Zunge!

A

E41
Ehele
1 R
in d
das F
liche
Gend
Freud
Adolf
70. L
9 Kin
1901
bahn
stand
seine
Sohn
große
paar
ein so

E44
19 U
Krone
plötzl
Fuhrer
seben
Bausc
Spiel
drückt
die so
fordern
abblen
zustan

Kor

Mak
verdie
schafft
Landr
lich ü
sich s
treter
kamen
Bürger
der G
rat Ge
Ausges
zehnte
immer
seinen
partei
dern i
meines
ehrenr
keine
Kritik
das m
belohn
Eisenb
sen W
wie vi
platz i
sich ei
Tätigk
len T
chungs
und so
Mensch
Gewer
Gemei
Wir b
dieser

Reid
nehmi
ratsum
dungsw
stung

WeiB:

Gesp
Traver
1. c
048-
6. d2-
Die O
6. Zug
nicht
8. Dc2
mehr
3. Lf1
47-d5
11. Lc
Dageg
12. Sd
Sc6x
15. Te
15. Le

Aus den Albau-Gemeinden Ettlingenweiler

Goldene Hochzeit
Ettlingenweiler. Heute Samstag feiern die Eheleute Adolf Lump, Lademeister i. R. und seine Ehefrau Karoline geb. Rübli in bester Gesundheit und geistiger Frische das Fest ihrer goldenen Hochzeit. Die kirchliche Feier fand um 1/10 Uhr statt. Anschließend versammelten sich die Angehörigen und Freunde im Adlersaal zu einer kleinen Feier. Adolf Lump steht im 75., seine Ehefrau im 70. Lebensjahr. Aus dieser Ehe entstammen 9 Kinder, 21 Enkel und 1 Urenkel. Vom Jahr 1901 bis 1937 war Adolf Lump im Eisenbahndienst und 1937 wurde er in den Ruhestand versetzt. Leider hat auch der Krieg seine Opfer von der Familie gefordert. Ein Sohn und ein Schwiegersohn stehen auf der großen Liste der Vermissten. Möge dem Jubelpaar noch manches Jahr in Gesundheit und ein sonniger Lebensabend beschieden sein.

Schwerer Verkehrsunfall
Ettlingenweiler. Am Mittwochabend gegen 19 Uhr parkte ein Lkw ordnungsgemäß in der Kronenstraße. Ein vorbeifahrender Pkw, der plötzlich von einem entgegenkommenden Fahrzeug gebremst wurde, bremste verheerend und kam auf dem nicht besetzten Bauschlamm ins Rutschen. Ein Fußgänger aus Spielberg wurde dabei gegen den Lkw gedrückt, wobei er schwere Verletzungen erlitt, die seine Einlieferung ins Krankenhaus erforderten. Der schwere Unfall ist auf Nichtabblenden und auf den schlechten Straßenzustand zurückzuführen.

Aus Malsch

Kommunalpolitiker und Gewerkschaftler erhält Bundesverdienstkreuz
Malsch. Am Samstag, 18. Okt., wurde ein verdienter Kommunalpolitiker und Gewerkschaftler, Gemeinderat Franz Buhlinger, durch Landrat Groß, das Bundesverdienstkreuz feierlich überreicht. Zu dieser Feierstunde hatten sich seine Kollegen im Gemeinderat, die Vertreter der Schule und Kirche, seine Arbeitskameraden, die Vertreter der Gewerkschaft, Bürgermeister Bechler und die Bediensteten der Gemeindeverwaltung eingefunden. Landrat Groß würdigte die bis heute durch den Ausgeschiedenen geleistete Arbeit als jahrzehntelanges Mitglied des Gemeinderates, sein immer hilfsbereites, zuvorkommendes Wesen, seinen lauten Charakter, der sich nicht von parteipolitischen Prinzipien leiten läßt, sondern als oberstes Gebot das Wohl der Gemeinde kennt. Er wurde hier eine Arbeit, die ehrenamtlich geleistet wird und für die es keine Bezahlung — höchstens unverständliche Kritik — gibt, mit einem äußeren Zeichen, das man als wohlverdient bezeichnen kann, belohnt. Aber auch bei der Gewerkschaft der Eisenbahner ist Buhlinger ein Mann, auf dessen Wort man hört und den man achtet. Für wie viele Familienväter hat er einen Arbeitsplatz besorgt, hat für einen gerechten Lohn sich eingesetzt. Auch heute noch führt in seine Tätigkeit als Betriebsratsvorsitzender zu vielen Tagungen, Verhandlungen und Besprechungen. Überall kennt man ihn, hört auf ihn und achtet seine Meinung. Fürwahr ein guter Mensch, ein mit sozialer Tatkraft erfüllter Gewerkschaftler, ein wertvoller Bürger seiner Gemeinde und damit ein guter Staatsbürger. Wir beglückwünschen Herrn Buhlinger zu dieser hohen Auszeichnung.

Reichenbach
Reichenbach. In seiner letzten Sitzung genehmigte der Gemeinderat den vom Landratsamt erbetenen Zuschuß zum Volksbildungswerk. Die neuerliche finanzielle Belastung der Gemeinden wurde notwendig, nach-

dem die bisherigen amerikanischen Unterstützungen ausfallen. Andererseits möchte man aber auf eine solche Einrichtung, die im letzten Jahr soviel Anklang fand, nicht verzichten. Der Wohnungsbau stand im Mittelpunkt der übrigen Beratungen. — Auf dem Rathaus liegen die Einzeichnungslisten für die Kriegsgefangenen auf. Mit der Einzeichnung sind keine finanziellen Beiträge verbunden. — Aus Anlaß des Wendelinfestes, gleichzeitig des Kirchenpatronsfests, findet am kommenden Sonntag in der „Krone“ die übliche Pfarrfamilienfeier statt. Die Durchführung der Feier hat die hiesige kath. Jugend übernommen. — Für die Fremdenmiete des Staatstheaters beginnen am kommenden Dienstag die ersten Vorstellungen. Nähere Einzelheiten bezüglich der Eintrittskarten, der Omnibusfahrten usw. werden den Teilnehmern noch bekanntgegeben. — Rentenauszahlungstage sind am Dienstag, 28. Okt., für Versorgungs- und Angestelltenrente und am Donnerstag, 30. Okt., für die Unfall-, Invaliden-, Knappschafts- und DBKP-Renten.

Aufgeboten sind: Alois Essig und Hedwig Rübli, beide von hier.

Spejart Herbstkonzert

Spejart. Am kommenden Sonntag, 25. Okt., nach 3 Uhr veranstaltet der Musikverein „Frohahn“ sein diesjähriges Herbstkonzert. Ein reichhaltiges Programm ernster und heitler Musik aus dem unerschöpflichen Born deutscher Volksmusik wird das Schaffen und Können der Musikkapelle sowie der Jugend-

kapelle unter Herrn Schäfers Stabführung unter Beweis stellen. Die Mitwirkung des Nachbarvereins „Lyra“ Schöllbronn und des Gesangsvereins „Germania“ Spejart wird die Veranstaltung zu einem kulturellen Ereignis des Jahres werden lassen. So darf man hoffen, daß der Adlersaal brechend voll wird und die Mitwirkenden ihre Mühe belohnt sehen. Am Sonntag gibt es nur eine Lösung: Kommt zum Herbstkonzert des Musikvereins „Frohahn“.

Am Samstag, 25. Okt., wird Frau Maria Holler, geb. Baumgärtner, 75 Jahre alt. Sie wohnt in der Siedlung Neue Heimat. Mit ihrer Familie wurde sie auch aus ihrer Heimat vertrieben. Viel Glück auf dem ferneren Lebensweg wünschen wir dem Geburtstagskind.

Die „Heinische Volksbühne“ bringt am Sonntagabend noch einmal das Theaterstück „Leidensweg einer Mutter“ im Adlersaal zur Aufführung.

Spinnerei

Spinnerei. Bei der Familie Franz Neubauer und Frau Elsa geb. Weißinger ist ein Stammhalter angekommen. — Am 25. Oktober feiert Frau Anna Schaar Wwe., geb. Lorch, ihren 68. Geburtstag. Am gleichen Tag begeht die Haushälterin des vor acht Tagen beigeetzten Prokuristen Alb. Bayer, Frä. Christine Mangler, ihren 63. Geburtstag. Wir gratulieren.

Aus der Gemeinde Busenbach

Busenbach. Vergangenen Sonntag kam der Aufnahmewagen des Südd. Rundfunks Stuttgart in unsere Gemeinde, um das Geläute unserer Kirchenglocken auf Tonband aufzunehmen. Die Wiedergabe im Rundfunk wird allerdings nicht vor März 1953 erfolgen können. Der genaue Zeitpunkt der Sendung wird 14 Tage vorher bekanntgegeben werden. Die Aufnahme des Geläutes erfolgte einzeln und im vollen Akkord sämtlicher Glocken. Die Techniker des Rundfunks selbst waren über den herrlichen Klang der Glocken sehr befriedigt. Am Samstagabend, 18. Okt., fanden sich im „Adler“ die Angehörigen des Jahrganges 1901/02 zu einer 50er-Geburtstagsfeier zusammen. In besonderer Weise wurde der toten Schulkameraden gedacht. Angenehme Stunden hielt die Feiern in trautem Verein beisammen, gewürzt durch Humor und Erlebnis-schilderungen.

Am Sonntagabend hielt der Turnverein im Café Müller eine außerordentliche Versammlung ab, die sich mit Fragen des erweiterten Turngeländes sowie der Erstellung einer Sporthalle zu befassen hatte.

Vor einiger Zeit legte unser Mitbürgersohn Josef Eble seine Meisterprüfung im Kraftfahrzeughandwerk vor der Prüfungskommission der Handwerkskammer Karlsruhe mit

sehr gutem Erfolg ab. Wir gratulieren dem jungen Meister. — Kommenden Samstag, 25. Okt., feiern die Eheleute Leonhard Vogel und Ehefrau Emma geb. Vogel das Fest der goldenen Hochzeit. Von den drei Kindern des Jubelpaares sind nur noch eine Tochter in Reichenbach verheiratet am Leben. Zwei Söhne sind bereits gestorben, der jüngste den Hungertod in russischer Gefangenschaft. Am 20. Oktober kann der Jubelbräutigam seinen 74. Geburtstag feiern. Zu beiden Festen unsere herzlichsten Glückwünsche.

Am kommenden Sonntag tritt die Kapelle des Musikvereins „Edelweiß“ im Sonnensaal mit einem Herbstkonzert nach längerer Pause wieder an die Öffentlichkeit. Ein erlesenes Programm mit Werken verschiedener Komponisten kommt zum Vortrag. Außerdem tritt die Kapelle an diesem Abend mit einer musikalischen Neuheit vor die musikkundige Bevölkerung, von der wir hoffen, daß sie das gleiche große Interesse unserer Gemeinde finden wird wie alle Veranstaltungen des Vereins.

Die Rente für November wird ausbezahlt am Dienstag, 28. Okt., die Kb- und Angestelltenrente und am Donnerstag, 30. Okt., die Invaliden-, Unfall- sowie alle übrigen Renten.

Etzenrot meldet

Etzenrot. Bei der Jugend weitete der ungeschlagene Tabellenführer aus Langensteinbach zu Gast. Doch die einheimische Mannschaft ließ sich nicht einschüchtern. Sie spielte wie immer mit ganzem Einsatz und großer Beweglichkeit, so daß der Tabellenerste unter die Räder kam und das Spiel nach tapferer Gegenwehr verlor. Die Etzenroter Hintermannschaft erlaubte sich nur wenige „Schil-

zer“ und beberrschte souverän das Gelände vor dem eigenen Torkasten. Die Seitenläufer und beide Halbstürmer führten immer wieder den Ball in das gegnerische Spielfeld hinüber. Doch der Mittelstürmer und die beiden Flügelstürmer erwiesen sich als zu „weich“ und ließen sich immer wieder vom Ball wegdringen, so daß das Siegerteam ein Minimum an Ausbeute bedeutete.

Die zweite Mannschaft siegte 2:0 in Oberweiler und lieferte ein schönes und ruhiges Spiel.

Die erste Mannschaft erlitt wieder einmal Schiffbruch, nachdem das ganze Spiel in Oberweiler unter einem ungünstigen Stern stand. Zugegeben daß der Gegner äußerst „hart“ spielte, daß der Pfeifenmann wie ein Anfänger pfiff, daß der elfte Mann vom Platz gestellt wurde, daß die drei Tore in der zweiten Halbzeit von einer unglücklichen Kettenreaktion hervorgerufen wurden (Selbster-Elfmeter — billiges Spielert). Zugegeben auch, daß die stürmerischen und fanatischen Zuschauer — die das Spiel unterbrechen, indem sie fünf Minuten lang das Spielfeld besetzten, und die immer wieder Beifall riefen, wenn ein Etzenroter Spieler verletzt wurde — die Mannschaft vollkommen auseinander brachten. Doch der echte Grund der Niederlage ist wieder einmal in der Stürmerreihe zu suchen. Warum wurden keine Tore geschossen in der ersten Halbzeit, als der Ball immer wieder in den gegnerischen Strafraum rollte? Selbst am Schluß des Spieles hätte noch viel gut gemacht werden können, wenn die Stürmerreihe mehr Einsatz und Spielfreudigkeit gezeigt hätte. Etzenrot ließ sich einfach das harte und zerfahrene Spielsystem eines Gegners aufdrängen, der den technischen Mangel durch Körperkraft und gesteigerten Einsatz ersetzte.

Am kommenden Sonntag empfängt Etzenrot den Bruderverein aus Reichenbach, der die große Leistung vollbrachte, Schöllbronn in Schöllbronn zu bezwingen.

Freie Turner Forchheim — FV Alemannia Bruchhausen
Bruchhausen. Nach zwei Heimspielen, die den Alemannen die magere Punktausbeute

von einem Punkt brachten, treten sie am kommenden Sonntag in Forchheim gegen die Freien Turner zum fälligen Verbandsspiel an. Es wird dort für Bruchhausen nicht viel zu erben geben, stellt doch Forchheim eine kampfstärke Mannschaft ins Feld. Forchheim verlor am Versonntag in Wolfartsweiler, das in diesem Jahr besonders spielstark ist, knapp mit 2:1 Toren. Bruchhausen spielt am Sonntag wieder mit vollständiger Mannschaft. Der Einsatz von Mittelfläurer O. Größer wird sich bestimmt als vorteilhaft erweisen. Spielbeginn 15 Uhr. Vorher Reservemannschaften beider Vereine. Abfahrtszeiten werden in der Spielerversammlung bekanntgegeben.

Aus dem Gerichtssaal

Die moralische Wirkung war furchtbar
Ausgerechnet die Männerriege des Turnvereins Bruchhausen hatten sich elf alkoholstarke Gipfer in einer Bruchhausener Wirtshaus ausgesucht, um einen Streit vom Zaun zu brechen. Die moralische Wirkung des Alkohols auf die Angreifer war verblüffend, aber die Kraft lag auf der anderen Seite. Sie wurden von den Turnern auf die Straße gesetzt und nur noch das Schlußfeld gab Zeugnis von der siegreichen Niederlage der Gipfer, von denen jeder einen Strafbuß über 10 DM erhielt. Alle zahlten prompt bis auf einen, der Einspruch einlegte und vom Staatlichen Friedensgericht freigesprochen wurde, weil er kurz vor der Saalschlacht das Gasthaus verlassen hatte.

Pfänderspiel im Gerichtssaal

Der schwunghafte Handel mit unversteuerten Zigaretten und mit ebensolchem Kaffee, der früher in breitem Strom durch die Schwarzhandelskanäle floß, ist heute nur noch mit einem Töpfchen zur Vergleichung. Nicht zuletzt ist dieser Erfolg dem harten Strafen zu verdanken, die sich gegen alle richteten, von Verkäufer bis zum Verbraucher. Man muß aber in diesem Zusammenhang auch daran denken, daß gerade in dieser Art von Delikten nicht immer Recht und Unrecht scharf voneinander zu trennen ist.

So schien es auch in jenem Fall, in dem vor dem Ettlinger Amtsgericht unter Vorsitz von Assessor Bauer gegen eine Ettlinger Gastwirtin verhandelt wurde. Die Angeklagte gab an, sie habe die Gegenstände — 11 180 amerikanische Zigaretten, zwei Dosen Kaffee, eine Dose Neskafee, zwei Päckchen Tee und die Dose Kakao — von Amerikanern als Pfand für Zechschulden entgegengenommen. Das klang nicht ganz ungläubwürdig, wenn man erfährt, daß die Amerikaner in diesem Gasthaus auch Uhren, Fotoapparate, Ringe und andere Dinge in Pfand geben konnten, wenn sie kein Geld mehr hatten und das raube und trockene Gefühl in der Kehle unvermindert anhält, das sicherlich nicht nur von scharf gewürzten Speisen herrührt.

Die Soldaten tranken und die Wirtschaft verdiente, kurz gesagt: der Rabel rollte. Aber die Rechnung war ohne den Wirt gemacht, denn die Angeklagte mußte für den Besitz der Waren 400 DM Strafe zahlen wegen fahrlässiger Steuerverfälschung. Außerdem wurden die „Pfänder“ eingezogen.

Staatsanwalt und Nebenkläger hatten 800 DM Geldstrafe beantragt. Nur der fehlende Beweis, daß die Angeklagte die Waren in Zahlung nahm, bewahrten sie vor dieser Strafe.

Aus der badischen Heimat

Eine Kurve weniger

Rastatt. Seit einigen Tagen geht der Verkehr von Rastatt nach dem Murgtal über die neu angelegte Verkürzungsstraße zwischen Niederbühl und Kuppenheim. Die Begründung ist seinerzeit bei Beginn der Autobahnarbeiten geplant und nun nach einigen Jahren Unterbrechung fertiggestellt worden und führt jetzt unter der bereits bestehenden Autobahnbrücke hindurch. Eine kurvenreiche Strecke ist dadurch beseitigt worden.

Gedenktafel für Carl Schurz

Rastatt. Zum Gedenken an Carl Schurz, den einseitigen Revolutionär und späteren Innenminister der Vereinigten Staaten, der vor 100 Jahren auf seiner Flucht aus dem amerikanischen Boden betrat, wird am Hause Kaiserstraße 35 (Besitzer Mathis) eine Gedenktafel angebracht. Auf dieser Gedenktafel, die am Sonntag um 11.45 Uhr enthüllt wird, wird daran erinnert, daß Carl Schurz hier während der 48er Revolution wohnte. Bei der Einweihung wird O. E. Sutter (Gengenbach) eine Ansprache halten.

Investitionen der öffentlichen Hand

Den Löwenanteil schluckt der Wohnungsbau
Das Bundesfinanzministerium gibt im Regierungs-Bulletin eine Aufstellung, aus der sich die Verteilung der im Bundeshaushalt 1952 veranschlagten Investitionen der öffentlichen Hand erschließen läßt. Danach sind von den geplanten Gesamtinvestitionen im Werte von 1 250 Millionen für Notstandsgebiete 146 Millionen, für den Wohnungsbau 573 Millionen, für die Industrie 9 Millionen, für das Verkehrswesen 420 Millionen, für die Wasserwirtschaft 24 Millionen DM vorgesehen. Die Aufbringung dieser Mittel erfolgt mit 565 Millionen DM aus dem ordentlichen und mit 729 Millionen DM aus dem außerordentlichen Haushalt. Wie das „Bulletin“ weiter mitteilt, beliefen sich nach den Ergebnissen der Finanzstatistik 1951 die Investitionsausgaben der Länder auf rd. 1 150 Millionen. Diese Ausgaben wurden mit rd. 1 180 Millionen aus Bundes- und Sofortkreditmitteln, rund 400 Millionen aus anderen Krediten und rund 1 500 Millionen aus allgemeinen Haushaltsmitteln gedeckt. Der größte Teil dieser Gelder floß dem Wohnungsbau, der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, dem Bau von Straßen und Straßenbrücken sowie der Finanzierung des Baues von Schulen, Krankenhäusern und ähnlichen öffentlichen Einrichtungen zu.

ZUM RÄTSELN UND RATEN

SCHACH-ECHE

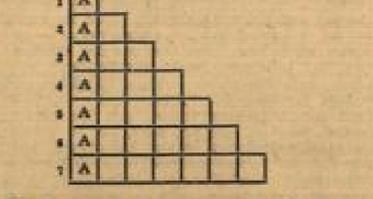
Eine Eröffnungs-Katastrophe!

Weiß: L. Schmid. Schwarz: Prof. E. Richter
Gespielt im Internationalen Meisterturnier Travemünde, 1.—12. August 1951
1. e2—e4 e7—e5 2. Sg1—f3 f7—f5 3. Sd3×e5 Dd8—f6 4. Se5—c4 f5×e4 5. Sb1—c3 Df8—e6 6. d2—d4 e4×d3+ 1.V. 7. Sc4—e3 Lf8—b4. Die Öffnung der e-Linie durch Schwarz im 4. Zuge war ein verhängnisvoller Fehler, der nicht mehr gutzumachen ist. Nach 7. d2: 8. Dc2: c8 9. Ld3! Kommt Schwarz auch nicht mehr zur Rochade wegen des Punktes b7, 8. Ld1×d3 Lb4×c3+ 9. b2×c3 Sg8—e7 10. 0—0 47—45 (Unmöglich war die Rochade wegen 11. Lc4) 11. Tf1—e1 Sd8—c6 (Es drohte Sd5. Dagegen war 11. Dd8 ungenügend, wegen 12. Sd5! Dd5: Lg8+ Kd8 — einziger Zug — 14. Lg5!) 12. Se3—f5 Dd6—f6 13. Sd5×e7 Sc6×e7 14. Dd1—b3+ g7—g6 (Wenn Df7!, so 15. Te7:+! Ke7 16. La3+ Kf8 17. Df3+ usw.) 15. Lc1—g1 Df6—f7 16. Te1×e7+!



(Stellung nach 16. Te7+)

Stufen-Füllrätsel



Die Buchstaben aaaaadeechllnno ppprrrrst sind so in die leeren Felder einzusetzen, daß Wörter folgender Bedeutung entstehen: 2. Flächenmaß, 3. Fluß in der Schweiz, 4. Zeitalter, 5. Kampfplatz, 6. männl. Vorname, 7. Straßenbeiz.

Silbenrätsel

Aus den Silben: a - bre - by - che - der - el - el - eu - ge - in - laub - lip - men - na - pe - ri - ro - rhr - se - sek - ten - ur - va - so sind Wörter nachstehender Bedeutung zu bilden. Die 1. und 3. Buchstaben derselben, beide von oben nach unten gelesen, ergeben ein Schauspiel und dessen Dichter, 1. Pferderennen, 2. Tierklasse, 3. Laubbaum, 4. Flaschenwerkzeug, 5. Staat der USA, 6. geometrische Figur, 7. Ferien, 8. deutsche Hafenstadt, 9. Erdteil.
Kb
Iarb, 8 Bremen, 8. Europa.
Silbenrätsel: 1. Derby, 2. Insekten, 3. Erde, 4. Arnold, 5. Asphalt.
Silben-Füllrätsel: Ar, Ar, Kern, Arena.
Nach 17. Dd1: Dd8+ Df8 19. Tf1+ Kf7 ... Df3×e7 17. Ld3×e6+ Schwarz rät auf die entscheidende Schlüsselkombination 18.

Aus der Stadt Ettlingen

„Nachts ging das Telefon...“

Es wäre müßig, Untersuchungen darüber anzustellen, was die Welt ohne das Telefon wäre. Das „Hallo“ als das typischste Merkmal der „Quasselstrippen“ wäre vermutlich nie geboren worden. Und den Schlagerkomponisten hätte es an zügigen Texten gemangelt. „Nachts ging das Telefon...“ kam nicht von ungefähr. Die Betrachtungen, was wäre, wenn... würden ins Uferlose führen. Geschäfts- und Wirtschaftsleben, das Nachrichtenwesen schlechthin, Zeitungen und Presseagenturen sind heute ohne Telefon undenkbar.

Der hiedrige Lehrer Philipp Reis, der ein- sam in einem Taunusdorf seine Schüler un- terrichtete, hat uns diese Erfindung gegeben und die ganze Welt umspannt heute ein Netz von Telefonverbindungen.

Am 26. Oktober 1877, also vor genau 75 Jahren, prüfte der Generalpostmeister Ste- phan, der Gründer des Weltpostvereins, den Fernsprecher und erklärte mit bewegter Stimme, eingedenk der Bedeutung des Ta- ges, daß man sich den 26. Oktober 1877 als Geburtstag des Telefons in Deutschland mer- ken müsse. Stephan hat die richtige Ahnung gehabt und heute muß die Welt des Erfinders Philipp Reis und Heinrich Stephans geden- ken, der als erster mit vorausschauendem Weitblick den Fernsprecher in staatliche Ob- hute nahm und weiter entwickelte.

Eine große Entwicklung machte in der Zwei- schenzeit das Telefon mit An Stelle des „Fräuleins vom Amt“ ist der vollautomatische Selbstanschluß getreten und der Zeitpunkt liegt nicht mehr fern, daß wir über die politi- schen Grenzen hinweg einmal ohne menschi- che Vermittlung automatisch unsere Fern- gespräche führen können.

Zur öffentlichen Gemeinderatsitzung die am Mittwoch, den 29. Oktober 1952, 19.00 Uhr im großen Rathaussaal stattfindet, wird die Bevölkerung höflichst eingeladen.

Tagesordnung

- 1. Bekanntgabe des Schreibens des Oberbür- germeisters der Stadt Stuttgart über die Informationsreise französischer Bürgermeis- ter und Jugendleiter im September 1952.
2. Pflasterung der Kronenstraße.
3. Einführung des französischen Sprachunter- richts im 7. und 8. Schuljahr an den beiden Volksschulen.
4. Bestellung eines Waldmeisters.
5. Winterbeihilfe 1952/53 an Wohlfahrtspf- lünger.
6. Rechenschaftsberichte für die Rechnungs- jahre 1948 (DM-Zeit), 1949 und 1950.
7. Unterrichtung des Gemeinderats.

Alois Launiger 86 Jahre alt

Morgen Sonntag, 26. Okt., begibt Glaser- meister Alois Launiger, Leopoldstraße 15, sein 86. Lebensjahr. Wenn man seiner Lebens- geschichte nachspürt, stellt man fest, daß der Jubilar in seinem ganzen Leben Sängern mit Leib und Seele war. Als im Jahre 1898 der Gesangsverein „Freundschaft“ ins Leben ge- rufen wurde, war er einer der ersten Sänger, die am 17. März 1898 den Chorkörper der „Freundschaft“ bildeten. Im Lauf der Jahr- zehnte erlebte er in seinem Sängerkreis viele schöne Stunden, von denen er heute noch gerne erzählt. A. Launiger ist im Sinne des Wortes ein Ettlinger Original und versteht es heute noch, die Sängern mit seinem unerschöpf- lichen Humor zu unterhalten. Die Singstunden besucht er regelmäßig und bedauert sehr, wenn er mal, was selten vorkommt, nicht er- scheinen kann. So hat sich unser „Alois“, wie ihn die Sängern nennen, ein Denkmal in der „Freundschaft“ gesetzt, das ihm unvergessen bleiben wird. Wir wünschen dem Jubilar noch recht viele frohe und gesunde Jahre, die er mit seiner Gattin erleben soll.

Heute abend um 20 Uhr treffen sich die Sängern mit ihrem Jubilar im Gasthaus zum „Grünen Winkel“, um ihn dort anlässlich sei- nes 86. Geburtstages zu ehren.

Neue Pflasterung

Nachdem die Telefonkabel der Bundespost an der Kreuzung Badenort-, Rablatter-, Rhein- und Schillerstraße über der neuen Kanalisation eingebaut worden sind, kann die Straßendecke dieses besonders verkehrswich- tigen Platzes erneuert werden. Eine Fläche von 400 qm wird mit Großpflaster belegt. Auch das anschließende Stück der Schiller- straße bis zu den Capitol-Lichtspielen wird nun neu gepflastert. Das bisherige Pflaster wurde vor 25 Jahren gelegt, hat sich aber stellenweise gesenkt, da an dieser Stelle neben dem Siebertschen Haus bis zum Bau der Schillerbrücke ein Haus stand, dessen Funda- ment sich infolge des starken Verkehrs ge- senkt hat. Auf dem erwähnten Teilstück der Schillerstraße werden 400 qm Kleinpflaster angebracht.

Badisches Staatstheater

Opernhaus: Heute 20 Uhr, „Gloria Maria“, Operette von E. Meißner. Ende 23 Uhr. Morgen 20 Uhr, „La Bohème“, Oper von Giu- como Puccini. Ende 23.30 Uhr. Schauspielhaus: Heute 15 Uhr, Vorstellung für die Jugendbühne, „Robinson soll nicht sterben“, Jugendstück von Friedrich Hörter. Ende 17 Uhr. 20 Uhr, „Europa und der Siler“, Komödie von Ladislav Fodor. Ende 23 Uhr. Morgen 14.30 Uhr, Vorstellung für das Fremden- Sonntagsabonnement, Schauspielgruppe A und freier Kassenverkauf, „Wanna von Barnhelm“, Lustspiel von G. E. Lessing. Ende 17 Uhr. 19 Uhr, öffentliche Gedenkfeier zum Tag der Treue anlässlich der Gedenkwoche für die Kriegs- gefangenen.

Zur Ermöglichung der heutigen Vorstellung „Gratia Maria“ übernimmt infolge plötzlicher Erkrankung des Herrn Hans Herbert Michels Herr Hubert Törner die Rolle des „Fürst Moritz Dragomir Populescu“.

Treuekundgebung für Kriegsgefangene und Vermißte

am Sonntag, den 26. Oktober 1952, vormittags 11 Uhr, im Schloßhof

- 1. Musikstück: Marsch u. Chor aus der Zauberflöte von Mozart. Musikverein Ettlingen.
2. Ansprachen: a) Herr Ulmer vom Verband der Heimkehrer. b) MdL, Bürgermeister Rimmelspacher.
3. Lied: Heilig Heimatland von Wilhelm Weiß. Gesangsverein Freundschaft.
4. Gedenkrede: Hans Leopold Zöllner, Ettlingen.
5. Lied: Forschen nach Gott v. Konrad Kreutzer. Gesangsverein Liedertafel.
6. Musikstück: Intrade v. Johann Pezel. Musikverein Ettlingen.
7. Gedicht: Wagt ihr, o Menschen.
8. Lied: Heimatlied v. A. Billeter. Gesangsverein Eintracht.
9. Deutschlandlied dritte Strophe. Musikverein Ettlingen.

Aufruf!

Der Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen u. Vermißte Angehörigen Deutschlands e. V. - Ortsverband Ettlingen - ruft hiermit die Bevölkerung der Stadt Ettlingen zur Teilnahme an der am

Sonntag, den 26. Oktober 1952, vorm. 11 Uhr im Schloßhof, (bei schlechtem Wetter in der Markthalle) stattfindenden Treuekundgebung für die noch in Gefangenschaft befindlichen Kriegsgefangenen auf!

Die Kundgebung soll Zeugnis der Verbundenheit der Ettlinger Bevölkerung mit den Kriegsgefangenen in allen Gewahrsamsländern sein und zielt in der Forderung an die ganze Welt auf Freilassung der Kriegsgefangenen.

Gedanken über das Sparsbuch

Freiwilliges Sparen - eine Notwendigkeit

Es wird heute wieder viel vom Sparen gesprochen. Nicht zuletzt deswegen, weil in den letzten Monaten die Einzahlungsüberschüsse bei den Kreditinstituten - besonders bei den Sparkassen, die 70% der gesamten Spareinlagen im Bundesgebiet verwalten - stark angestiegen sind. Diese an sich erfreuliche Entwicklung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß noch viel zu wenig gespart wird. Das liegt einmal an der begrenzten Sparfähigkeit vieler Einkommensbezieher; zum andern meint aber auch mancher, daß derjenige, der heute wieder spart, damit nur „politische Instinktslosigkeit“ beweist und daß das Eintreten für den Spargedanken angesichts der in zwei Inflationen gesammelten Erfahrungen wenig Sinn für die Realität zeigt. Die so reden, übersehen völlig, daß in jeder Volkswirtschaft - ganz gleich, ob eine kapitalistische oder sozialistische bzw. kollektivistische Wirtschaftsordnung besteht, ob es sich um eine reiche oder eine arme Volkswirtschaft handelt - gespart werden muß. Eine moderne Volkswirtschaft ist heute ohne einen vom Grundstoffbereich bis zur Verbrauchsgüterwirtschaft reichenden und technisch gut ausgebildeten Produktionsapparat, ohne Verkehrseinrichtungen, ohne Neubau-

geschaffen, die in jeder Wirtschaft Voraus- setzung für den wirtschaftlichen Fortschritt ist. Ohne Zweifel stoben in reichen Volkswirt- schaften der Schaffung dieser Leistungsreser- ven viel weniger Schwierigkeiten im Wege als in armen. Diese Schwierigkeiten sind aber besonders umfangreich in einer Volkswirt- schaft wie der deutschen. Durch Kriegseing- wirkungen sind zahlreiche industrielle Kapazi- täten, Betriebsstätten, Wohnungen, Verkehrs- einrichtungen ausgefallen bzw. vernichtet wor- den. Vieles von dem, was blieb, ging durch Demontagen verloren. In der ersten Nach- kriegszeit sind zudem viele notwendige In- vestitionen nicht vorgenommen worden, so daß ein gewaltiger, bisher noch nicht befriedigter Nachholbedarf entstanden ist. Es liegt auf der Hand, daß sich diese Dinge nicht von selbst zurechtfinden. Vielmehr bedarf es aller An- strengungen, d.h. einer gewissen Sparsie- lung, um diese riesenhafte Lücke zu schlie- ßen.

Was die Art des Sparens anbelangt, so kann diese freiwillig oder zwangsweise vorgenom- men werden. Für das Zwangs sparen ist es typisch, daß der Konsumverzicht des einzel- nen von anderen dekretiert wird. So kann der Staat, entweder auf dem Wege über die Steuern (Steuerkapitalbildung) oder auch über die Zwangssparen, bzw. in der Form des uns gut bekannten „eisernen Sparens“, dem Ein- kommenbezieher einen Teil seines Anspruchs auf das Sozialprodukt, an dessen Erstellung er mitgearbeitet hat, „obligatorisch und de- finitiv“ entziehen, oder - was für den letz- teren Weg zutrifft - die Verfügungsgewalt darüber für einen längeren Zeitraum zwangs- weise nehmen. Eine andere Form des Zwangs- sparens ist die über die Preise (Preiskapital- bildung). Auch hier geht dem „Sparer“ sein Anrecht endgültig verloren. Demgegenüber ist für das freiwillige Sparen charakteristisch, daß der Sparer selbst entscheidet, wieviel ge- spart wird, und daß er später wieder in den Genuß seiner Ersparnisse kommt. Nun ist allerdings aus der Erfahrung bekannt, daß dies nicht immer der Fall ist. Die Erfahrung lehrt aber auch, daß Geldentwertungen, die gleichfalls zu einem Zwangs sparen mit dem endgültigen Verlust der Ersparnisse führen, in der Regel dann auftreten, wenn zu wenig - sei es freiwillig, sei es zwangsweise - ge- spart wird. Das führt aber zu der Erkennt- nis, daß Inflationen nicht nur ein Schicksal, sondern auch die Folge unseres Handelns und damit durchaus bezwingbar sind - nämlich mit der Waffe des freiwilligen Sparens. Je mehr freiwillig gespart wird, um so stärker wird das Bollwerk gegen Inflationen, aber auch gegen jegliche andere Form des Zwangs- sparens, ja des Zwanges schlechthin; denn Sparen aus freiwilligen Entschluß heraus führt - volkswirtschaftlich gesehen - zu einer Erhöhung der Produktivität unserer Wirtschaft, vom Standpunkt des Sparens aus gesehen, zur Sicherung der Zukunft, d. h. zu größerer Unabhängigkeit.



von Wohnungen, undenkbar. Alle diese und unzählige andere Einrichtungen, die zu einem größeren Güterertrag führen, sind notwendig, um die vielfältigen Bedürfnisse der Menschen befriedigen zu können. Dabei ist festzustellen, daß sich die Bedürfnisse nicht nur dauernd wandeln, sondern daß sie auch ständig wach- sen. Auch nimmt die Bevölkerung und damit die Zahl der Nachfragenden ständig zu. Das alles erfordert immer wieder neue Investiti- onen, d. h. einen weiteren Ausbau des vorhan- denen Produktionsapparates, eine fortschrei- tende Rationalisierung nicht nur in der Indus- trie, sondern auch im landwirtschaftlichen Sektor, die Schaffung neuer Wohnungen und die Ausweitung der Verkehrseinrichtungen. Investitionen sind ohne Kapital unmöglich. Kapital kann aber nur durch Sparen, d. h. durch Verzicht auf einen Teil des Einkom- mens - das Ausdruck des produktiven Bei- trages des einzelnen zur Erstellung des Sozial- produktes ist - gewonnen werden. Damit erst wird die volkswirtschaftliche Leistungsreserve

Abschiedsfeier für Kaplan Hamminger

Aus der Herz-Jesu-Pfarrgemeinde wird uns geschrieben: Wie bereits bekannt geworden ist, wurde Kaplan Hamminger zum Pfarrver- wesser der Pfarrgemeinde Waldhausen im Dekanat Buchen ernannt. So scharfen sich die Vertretungen aus der Pfarrgemeinde Herz- Jesu und insbesondere aus den Vereinen am Dienstagabend im Saal zum „Ritter“ um den scheidenden Kaplan zu einer kleinen Ab- schiedsfeier. Ein Trio, dem Kaplan Hamminger selber als Mitspieler angehörte, leitete mit einem klassischen Musikstück die Stunde des Abschiednehmens ein und verschönerte den Abend durch wirklich wertvolle Musik. Herr Georg Heß, der Vorstand des katholischen Männervereins, begrüßte mit herzlichen Wor- ten die zur Abschiedsfeier erschienenen Pfarr- angehörigen und dankte dem scheidenden geistlichen Beirat. Stadtpfarrer Rieger sprach

im Namen der Pfarrgemeinde dem scheidenden Kaplan den herzlichsten Dank aus für die geleistete Arbeit. Er betonte vor allem, wie Kaplan Hamminger auf allen Gebieten der Seelsorge, sei es auf der Kanzel oder im Beichtstuhl, sei es in der Schule bei den Kin- dern oder in den Vereinen einen vorbildlichen seelsorgerlichen Eifer entfaltet habe. Beson- ders dankbar hob er noch hervor, daß Kaplan Hamminger als Nachfolger von Pater Bunda die Ständebücher der Pfarrei in vorbildlicher Weise geführt habe. Dem scheidenden Kaplan gab er die besten Glück- und Segenswünsche mit in seine neue Pfarrgemeinde, die in herr- licher Landschaft gelegen und ungefähr 1700 Seelen umfaßt. - Herr Lutz fand als Vertre- tung des KKV, an dessen Wiege Kaplan Ham- minger als Gründer gestan- hat, warme Worte für den scheidenden Priester. Kaplan

Hamminger sei ihnen nicht nur geistlicher Beirat, sondern ein Kamerad gewesen, der mit ihnen ganz zusammengewachsen sei. - In Vertretung der Marianischen Männerzucht sprach Präfeld Metzger dankbare Worte für die Arbeit ihres scheidenden Präses. - Auch der III. Orden sowie der Notburgkreis haben ihre Vertreterinnen entsandt und dankbare Grüße dem scheidenden Kaplan mitgegeben. - Mit bewegten Worten dankte am Schluß der Scheidende mit dem Versprechen, daß er Ettlingen nicht vergessen werde und mit ihm auch verbunden bleibe durch das Gebet. Die neue Pfarrgemeinde stelle ganz große Auf- gaben an ihn, die man nur mit der Kraft von Oben meistern kann. - Mit dem Verspre- chen, des Scheidenden im Gebet zu gedenken, wurde die schlichte Abschiedsfeier in würdiger und stimmungsvoller Weise geschlossen.

Jeder Siebente ist Flüchtling

(UP). Rheinland-Pfalz ist am schwächsten und Schleswig-Holstein prozen- tual noch immer am stärksten mit Flüchtlingen belegt. Dies geht aus einer von der rhein- land-pfälzischen Regierung veröffentlichten Aufstellung hervor. Danach sind in Schleswig- Holstein 21 Prozent der Gesamtbevölkerung Heimatvertriebene. In Niedersachsen machen die Flüchtlinge 26,8 Prozent und in Bayern 29,8 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Da- hinter rangieren Hessen (17,1), Baden-Würt- temberg (14,5), Bremen (10), Hamburg (8,4), Rheinland-Pfalz (7,2). Der Anteil der Heimat- vertriebenen an der Gesamtbevölkerung be- trägt 16,8 Prozent.

Vereine berichten

Arbeitergesangsverein Eintracht. Der Verein be- teiligt sich an der Gedenkfeier im Schloßhof (bei schlechtem Wetter in der Markthalle). Die Sänger treffen sich wie vereinbart am Sonntag morgen um 10 Uhr im Vereinslokal. Es wird um pünktliches und vollzähliges Erscheinen gebeten.

CDU, Ortsgruppe Ettlingen. Die Mitglieder und Freunde der Partei werden freundlichst eingeladen, am Sonntagabend 20 Uhr im Gast- haus zum „Hirsch“ die Versammlung der Kol- pingfamilie zu besuchen. Es wird Landtags- abgeordneter Dr. Werber über Gemeinde- und Landespolitik sprechen.

Kolpingfamilie. Wir machen nochmals auf den Vortrag von Dr. Werber über kulturpolitische Fra- gen aufmerksam, der am Sonntag, den 26. 10. 29 Uhr im „Hirsch“ stattfindet. Am Montag spricht in der Wochenversammlung an Stelle des erkrankten Kunstmalers Barth Herr Stadtrechner Vogel. Es wird eine Art Forum über Finanz- u. Steuerfragen. Voraus geht eine kurze Schulung für den Kolping- gedenktag.

Schachklub Ettlingen. Die Generalversammlung findet nicht, wie ursprünglich bekanntgegeben, am 25. 10. sondern erst am 8. 11. 52 statt. Die Verlegung des Termins war unangenehm, da das Vereinslokal zu keinem anderen Zeitpunkt zur Verfügung stand.

Der LVD, Ortsgruppe Ettlingen, veranstaltet heute- Samstag um 20 Uhr im Gasthaus „zum Hirsch“, Pforzheimer Str., einen Familienabend, unter anderem mit Filmvorführungen von der Wei- ße des Ostkreuzes und vom Sühntag, wozu alle Landleute höflichst eingeladen sind. Der Eintritt ist frei.

UDF. Die Treuekundgebung für die Kriegs- gefangenen und Vermißten wird am Sonntag, 26. Okt. vorm. 11 Uhr im Schloßhof abgehalten. Alle unsere Mitglieder des VdK werden in dieser Frage einmütig an- gesprochen. Es ist unsere Ehrenpflicht, un- sere geschlossene Haltung zu bekunden. Wir treffen uns im Schloßhof am Delphinbrunnen. Bei schlechter Witterung in der Markthalle.

Film-Vorschau

Capitol. „Samson und Delilah“

Imponiert durch seine Größe und durch seine Wucht, wie sie eben nur in einem amerikani- schen Monumentalfilm möglich sind. Aber auch farblich erscheint der Film in höchster Vollendung.

Amerika kennt zwei Arten von Filmen, die während der letzten Jahre immer wieder zu Kassenerfolgen wurden: Abenteuerfilme und Monumentalfilme in der Art von „Samson und Delilah“. Die zweite Kategorie hat auch in Deutschland viele Freunde gefunden und man darf wohl behaupten, daß diese Filme ihren eigenen Charakter haben, wie in nur ein amerikanisches Erzeugnis besitzen kann. Die Capitol-Lichtspiele zeigen „Samson und Delilah“ bis Montag.

UII. „Das kann jedem passieren“

Heinz Rühmann ist älter geworden, aber er ist immer noch jener Komödiant, der früher einmal das Publikum in seinen Lustspielen begeisterte, in all den vielen Filmen, die durch seine Persönlichkeit gekennzeichnet waren. In seinen neuen Filmen paßt sich Rüh- mann seinem Alter an. Spielet er noch vor 15 Jahren in der Feuerzangenbowle den Pen- neller, so tritt er heute als erfahrener Steuer- berater auf. Man darf deshalb ruhig sagen, Heinz Rühmann hat mit seinem Alter Schritt gehalten und deshalb wird er auch dem deut- schen Film erhalten bleiben. In den Unio- lichtspielen läuft dieses Lustspiel, in dem weitere Hauptrollen von Gisela Schmidt, Werner Fütterer und Fritz Imhoff besetzt sind, bis Montag.

„Dschungelgangster“

wird am Samstag 17 Uhr, am Sonntag 14 Uhr und Dienstag 18.15 und 20.30 Uhr gezeigt. Der Film beschreibt die Geschichte eines weib- lichen Tarzans.

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off, containing various small notices and advertisements.

Gehört der Reutgraben zu Spessart?

Antwort auf eine Leserstimme in der EZ

Zu der am Dienstag veröffentlichten Leserstimme „Warum wird Reutgraben übergeben?“ erfahren wir vom Stadtbaumeister, daß das von den Wiesenbesitzern so häufig beanspruchte Grabenstück zur Gemarkung Spessart gehört. Dies habe sich erst beim Studium der Karten herausgestellt und ist den Wiesenbesitzern noch nicht amtlich mitgeteilt worden. Vermutlich in Unkenntnis der Grenzverhältnisse ist viele Jahrzehnte lang auch das Spessarter Grabenstück guttatsweise vom Stadtbaumeister Ettlängen gereinigt worden. Dadurch entstand allgemein die Auffassung, daß es auf Ettlänger Gemarkung liege. In dieser Meinung wurden die Wiesenbesitzer dadurch bestärkt, daß die Grenzsteine tatsächlich jenseits des Grabens stehen. Dies entspricht jedoch nach Ettlänger Meinung dem alten Brauch, daß Grenzsteine weder auf Wiesen, noch innerhalb eines Grabens stehen dürfen. Deswegen wurden sie als sogenannte „Rückmürker“ auf die Spessarter Waldseite des Grabens gesetzt, so daß dem Anschein nach der Graben selbst ganz zu Ettlängen gehörte. Aus den Karten ist aber deutlich zu sehen, daß der Graben an dieser Stelle zur Gemarkung Spessart gehört. Bei der jahrhundertelangen Grenzüberschneidung zwischen Spessart und der Muttergemeinde ist es kein Wunder, daß solche Sonderbarkeiten entstanden. Die Gemeinde Spessart betont, daß für die Wiesen-Umlage nach Ettlängen bezahlt wird und Ettlängen deshalb auch dieses Grabenstück bis vor kurzem stets gereinigt habe. Daß die Sachlage so lange in Vergessenheit geriet und Ettlängen Geld für diese Grabenreinigung ausgab, ist wohl auch darauf zurückzuführen, daß der seit dem Mittelalter übliche „Gemarkungsumgang“ seit Jahrzehnten unterblieb. Früher mußte alle sieben Jahre an Hand der Karten eine Gemeindevorkommission zusammen mit Vertretern der

Nachbargemeinden die ganze Gemarkungsgrenze „umgehen“, d. h. an Ort und Stelle nachprüfen. Welche Bedeutung man diesem Brauch beilegte, geht daraus hervor, daß man stets einige Knaben mitnahm, damit die junge Generation das Gemeinschaftserbe genau kennt. Die Wiesenbesitzer, die uns die am Dienstag veröffentlichte Zuschrift gesandt haben, werden inzwischen auch durch die Gemeindeverwaltung Spessart den wahren Sachverhalt erfahren haben und Spessart wird sich, wenn die Ettlänger Karte stimmt, nun um dieses Grabenstück selbst bekümmern müssen. Eine jahrzehntelange Ettlänger Guttat wäre damit beendet. Vielleicht gibt aber dieser „Grenzzwischenfall“ doch Veranlassung, den uralten Brauch des Gemarkungsumgangs wieder aufzunehmen, wobei auch jeweils die obere Volksschulklasse beteiligt werden könnte, um das Interesse an der Gemeinde bei der Jugend zu stärken.

Für die EZ war es eine pressepolitische Pflicht, diese Leserstimme zu veröffentlichen, da der Einsender offensichtlich in gutem Glauben und nach der allgemeinen Spessarter Überlieferung schrieb. Nur bei offensichtlicher Böswilligkeit ist die Presse gehalten, vor der Veröffentlichung eine Stellungnahme der angesprochenen Stelle einzuholen.

Malsch

Ein seltenes Jubiläum

Malsch. Ein wirklich seltenes Jubiläum kann heute am 25. Okt. Herr Karl Deubel, Mozartstraße, begehen. Er ist nunmehr als aktiver Musiker schon 50 Jahre bei der Blasmusik. Der Jubilar, der weit über den Landkreis Karlsruhe hinaus unter dem Sondernamen „Buttelschell“ bekannt ist, trat im Jahr 1902

als Musikerknabe der damaligen Feuerwehrkapelle bei. Er wirkte einige Jahre bei der Stadtkapelle Koblenz und Feuerwehrkapelle Andernach mit. Von 1924 bis 1938 gehörte er der Feuerwehrkapelle in Muggensturm (Landkreis Rastatt) als Musiker und deren Dirigent an. Er gründete in Malsch die Turnvereinskappelle, deren Leiter er bis zum Jahr 1940 war. Von 1927 bis 1930 dirigierte er die Kapelle in Waldprechtweiler. Von 1929 bis vor kurzer Zeit hatte er die Leitung der Musikkapelle in Völkersbach. In Bruchhausen pflegte er mit den dortigen Musikern 25 Jahre lang die Blasmusik und brachte diese Kapelle auf eine beachtliche Höhe. Bei dem Jahr 1940 wurden die in Malsch vorhandenen zwei Musikkapellen vereinigt und zur Feuerwehrkapelle gestaltet. Diesen gut besetzten Klangkörper dirigierte der Jubilar bis vor kurzer Zeit. Vor vier Jahren, anlässlich seines 60. Geburtstages wurde er zum Ehrenmitglied der Feuerwehrkapelle Malsch ernannt. In diesen 50 Jahren hat der Jubilar immer treu und brav zu seiner Musik gestanden, hat keine Zeit und Mühe gescheut, um junge Leute für die Blasmusik zu gewinnen und auszubilden. Für alle Veranstaltungen, zu welchen man die Musik benötigte, hat er sich mit seinen Musikern immer bereitwillig zur Verfügung gestellt. Heute sei ihm für diese überaus großen Leistungen recht herzlich gedankt. Wir wünschen dem Jubilar noch recht viele Jahre bei bester Gesundheit und bei seiner so viel geliebten Musik.

Oberweiler berichtet

Oberweiler. Auszahlung der Versorgungs- und Angestelltenrenten am 28. Okt.; Unfall- und Invalidenrenten am 30. Okt., jeweils von 8 bis 10 Uhr.

Lest die Ettlinger Zeitung

Augen auf im Straßenverkehr

Käsespende für die Kriegsgefangenen

Das KRAFT-Unternehmen in Lindenberg im Allgäu, Herstellerin des bekannten VELVETA, hat anlässlich der Gedenkwoche für die Kriegsgefangenen eine umfangreiche Käsespende zur Verfügung gestellt, die in Einzelpäckchen zum Versand kommen soll. Das Haus KRAFT bittet alle, die noch Angehörige in der Kriegsgefangenschaft haben um deren Adressen, damit die Spende so rasch wie möglich auf den Weg gebracht werden kann.

Rheinwasserstand am 24. 10.: Konstanz 853 (+1)
 Rheinfelden -- (-) Breisach 210 (+16)
 Straßburg 282 (+10) Maxau 444 (-1)
 Mannheim 302 (-3) Caub 220 (+14)



Samstag Übergang zu wechselnder Bewölkung mit Zwischenaufheiterungen. Vereinzelt noch etwas Regen. Tageshöchsttemperaturen um 15 Grad, nächtliche Tiefsttemperaturen zwischen 5 und 10 Grad. Mäßige südwestliche Winde.

Barometerstand: Veränderlich.
 Thermometerstand (heute früh 8 Uhr): 12°

ETTLINGER ZEITUNG

Südd. Heimatzeitung für den Alb-
 gau. Verantwortlicher Herausgeber:
 A. Graf. — Druck und Anzeigen-
 Annahme: A. Graf, Ettlängen, Schöll-
 bronner Straße 5, Tel. 37 487

Anzeigen-Annahme für Karlsruhe: Annoncen-
 Kreis GmbH, Karlsruhe, Waldstr. 30, Ruf 713

Nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden entschlief heute mein lieber Mann, unser guter Bruder, Schwager und Onkel

Anton Weingärtner
 Telegr.-Ans. I. K.

verschied mit den hl. Sterbesakramenten im Alter von 77 Jahren.

Die trauernden Hinterbliebenen
Juliana Weingärtner, geb. Schlager
 und Anverwandte

Ettlängen, den 24. Oktober 1952
 Rheinstr. 73

Beerdigung am Dienstag, den 28. Oktober, nachmittags um 2.00 Uhr
 Bestattung am 27. und 29. Oktober, nachmittags um 3.00 Uhr.

Kirchen-Anzeigen

St. Martins-Kirche

Sonntag, den 26. Oktober 1952, 21. So. n. Pfingsten
Christkönigsfest
 6 Uhr hl. Beicht; 7 Uhr hl. Kommunion
 7 Uhr Kommuniongottesdienst für die Jungmänner und Jungfrauen mit Ansprache
 8 Uhr hl. Kommunion im Chöre
 9 Uhr Predigt und Christkönigsmesse mit Segen
 11 Uhr Singmesse mit Ansprache
 2 Uhr Rosenkranz mit Segen, zugleich Gedenkstunde für unsere Kriegsgefangenen
 7/8 Uhr Titularfeier der marianischen Jungfrauenkongregation im Chöre mit Ansprache, Aufnahme, Te Deum und Segen
 Heute ist Christkönigskollekte

Spinnstrel: Sonntag, 26. Okt., 1/10 Uhr Christkönigsmesse mit Ansprache (für Albert Gleißle und verst. Angehörige).
 Dienstag, 28. Okt., 5 Uhr hl. Beicht, zugl. auch auf Allerheiligen; ebenfalls nach dem Rosenkranz, der um 7/8 Uhr ist.
 Mittwoch, 29. Okt., 7 Uhr Singmesse, 3. Opfer für Katharina Mütschle.

Evang. Kirchengemeinde

Sonntag, 26. Oktober 1952

8.00 Uhr Spinnerei
 8.30 Uhr Christenlehre
 9.30 Uhr Hauptgottesdienst (Kollekte für die ökumenische Arbeit)
 10.45 Uhr Kindergottesdienst
 20.00 Uhr Filmabend im Gemeindehaus

Der Metzger u. Landwirt Anton Astmann in Burbach beabsichtigt auf seinem Grundstück Lbh. 69 eine **Schlachthof** zu errichten. Dies bringt sich hiermit zur öffentlichen Kenntnis mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen bei mir oder der Gemeindeverwaltung Burbach innerhalb 14 Tagen, vom Ablauf des Tages an gerechnet, an welchem die Nr. der Zeitung, in der diese Bekanntmachung erscheint, einzureichen, andernfalls alle nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als verfallen gelten. Eine Fertigung der Beschreibung selbst finden liegt im Landratsamt, Zimmer 42, und eine Fertigung bei der Gemeindeverwaltung Burbach (Rathaus) zur Einsichtnahme durch die Beteiligten auf. **Der Landrat des Kreises Karlsruhe**

Veränderung - HR 8 Nr. 14 - 13. Oktober 1952 - Firma Badische Holz- und Papier-Verarbeitung G. m. b. H. in Erlenrot. Das Stammkapital ist auf Grund des Beschlusses der Gesellschafterversammlung vom 10. Januar 1951 um 10000,- DM auf 20000,- erhöht.

Veränderung - HR A Nr. 148 - Eintrag vom 19. 10. 1952 - Textilvertrieb Ettlängen, Weber K. C. in Ettlängen. Der Kaufmann Hans Weber ist aus der Firma ausgeschieden. Persönlich haftender Gesellschafter ist jetzt Günther Schulte, Kaufmann in Burbach. Ein Kommanditist ist ausgeschieden. **Antwortschrift**

Ist Ihnen schon aufgefallen, wie sehr jeder Mantel beim Probieren Sie verändert?

Luigi Schwaiblmair
Eleganz - Luxus - Modern

kennt diese Veränderung aus langer Erfahrung mit den Hüten. Aber Sie hat daraus gelernt, wie wichtig die Verbindung Mantel und Hut ist.

Neu-Eingänge
 Damen-
Winter-Mäntel
 Kleider - Kostüme
 Seiden- und Mantelstoffe

Besichtigen Sie unsere Auslagen

DAS ALTSOLIDE
Haus für Bekleidung
A. STREIT
 Ettlängen

Nicolon® altbewährt gegen
Bettläsungen
 Preis DM 2.05. In allen Apotheken

Mehrere Papp-, Spinn- und Kleiderstoffe von Hersteller z. Klebr. Zell.
 Katalog gratis
Gg. Ruff
 Oberlungwitz / Otr.

Zu verkaufen

KUH 35 Wochen trüchtig zu verkaufen. Ettlängen, Pforzheimer Straße 40

Damen/Jungmädchenkleider gut erhalten billig zu verkaufen. Anfr. Tel. 4071 Karlsruhe

Krautstand
 eide 1-1/4 Ztr., Fleischstand oval, eide, 3-4 Ztr. zu verk. Zu erf. unter 3916 in der EZ

Wegen Geschäftsübergabe
 versch. Maschinen, Werkzeug und Material zu verkaufen.
W. L. Süss, Schmiedemeister Ettlängen, Pforzheimer Str. 11

D.-Mantel, Gr. 46, dbl. 25.-; M.-Mantel, kbl. (f. 14 j.) 20.-; H.-Mantel, Gr. 48 10.-; M.-Schuhe (f. 14 j.) 6.-. Schick, Grün.Wink.

Radio, gebr. Gasbadherd, 3 Bg. Zimmerlampe (neu) 3 mtr. Anzugstoff zu verkaufen. Zu erf. unter 3919 in der EZ

Obstbäume
 Beerenobst
 Ziersträucher
 Zierbäume
 Nadelbölzer
 Heckenpflanzen
 Rosen

Erich Jben
 Baumschulen
 Ettlängen/Bd.
 Fernsprecher 37 291

Verchiedenes

Strick und Stückerbeiten
 werden angenommen. Zu erf. unter 3918 in der EZ

Einig: Wer erteilt jungem Mann gründl. Privatunterricht in der engl. Sprache? Baldige Angeb. unter 3942 an die EZ

Auto-Batterien
 Verkauf - Reparatur - Verleih
Auto-Elektrik Rettenmaier
 Karlsruher Str. 8, Tel. 37 806

Herrliche Locken
 und weiches, seidiges Haar durch Dr. Bußes bewährtes **Isma-Lockenwasser**, gr. Fl. DM 1.40.

Best. erhältlich.
Badenia-Drogerie
Rudolf Chemnitz
 Ettlängen, Leopoldstraße 7

Erfahrene Tierhalter
 kaufen in den einschlägigen Geschäften den antirachitisch wirkenden **Brockmanns Futterkalk** „Zwergmarke mit D-Vitamin“ Seine **Beitreibung** macht sich durch gesunde Aufzucht, kräftige Knochen, abgekürzte Mastdauer u. hohe Leistung bezahlt.

Junger, zuverlässiger
Krautfahrer
 für Fernfahrten mit LKW
 von Ettlänger Betrieb in Dauerstellung **gesucht**.

Angebote unter Nr. 3943 unter Beifügung von Zeugnis-Abschriften an die Ettlinger Zeitung

Schrott, Metalle
 sowie Lumpen, Papier, Flaschen und Feile kauft zu besten Preisen

Rohstoff-Ankauf
 Hirschgasse 10

Foto-Apparate
 u. Zubehör (günst. Retenzahl.)
E. O. Drücke
 bei der Post

Stellenangebote

Perf. Stenotypistin für stundenweise Beschäftigung od. halbtags gesucht. Angebote mit Gehaltsangaben unter 3926 an die Ettlinger Zeitung

Russ-Raus

Will der Ofen nicht mehr ziehen, Russ-Raus löst den Ruß entfliehen. Heiß nur eine Stunde gut. Wirf den Beutel in die Glut. Steht auf stark - guck nicht hinein. Rohr und Ofen wird sauber sein. Mit Arbeit, Schmutz ist es nun aus. Wenn du hast Russ-Raus stets im Haus.
Paket 60 Pfennig

Verkaufdepot für Ettlängen:
Badenia-Drogerie
 RUDOLF CHEMNITZ

Badische Heimat e.V.
 Ortsverein Ettlängen

Donnerstag, den 30. Okt. um 20.15 Uhr im »Engel«
Ettlängen - einst und jetzt
 Ein Lichtbilder-Streifzug durch die Stadt von Ludwig Bopp
 Alle Mitglieder u. Heimatfreunde sind herzlich eingeladen. Eintritt frei

Beranftaltungen

Bad. Staatstheater
 Opernhaus (3924)
 Heute Samstag um 20.00 Uhr
Gräfin Mariza
 Operette von Emmerich Kalman
 Sonntag um 20.00 Uhr
La Bohème
 Oper von Puccini
Schauspielhaus
 Heute Samstag um 15.00 Uhr
Robinson soll nicht sterben
 Jugendstück von Forster
 Samstag um 20.00 Uhr
Europa und der Stier
 Komödie von Ladislaus Fodor
 Sonntag 14.30 Uhr Fremden-Sonntags-Abonnement, Schauspielgruppe A u. freier Kartenverkauf

Minna von Barnhelm
 Lustspiel von Lessing
 Sonntag um 19.00 Uhr
öffentliche Gedenkfeier
 für die Kriegsgefangenen

Anzeigen haben großen Erfolg in der Ettlinger Zeitg.

Gesundheit trinken:
Remstal-Sprudel
 gegen Stein- und Gichtbildung

Vertretung: Arthur Steiner, alkoholfreie Getränke, Ettlingen, Rheinstraße 9, Telefon 37 074. — Brauerei Huttenkreuz A.-G., Ettlingen, Karlsruher Straße 20. (39333)

Bettfedernreinigung
 in Ihrem Beisein

Verkauf von
Inlett und Bettfedern

Bettenhaus Schuchhardt
 Ettlingen, Bohlstraße 40, Telefon 37 560

Zuschneide-Kurse
 Aufstellung von Grundschnitten — Einzeichnen von Modellen — leichtverständliche Methode — kleine Teilnehmerzahl — mindestens 12 Doppelstunden — Honorar DM 50.—, zahlbar in 2 Raten — Tages- und Abendkurse — Beginn: Anfang November.

Unterrichtsraum: Haus Gierich, Ettlingen, Bapt.-Göring-Straße 5 — Anmeldung: Dasselbst und Telefon 37 630

Suche zum sofortigen Eintritt selbständigen
Handformer und Kernmacher
 Süddeutsche Aluminium- und Metallgießerei Karl Heitel
 Ettlingen - Industriegelände

STRAUB-Kahwecke zum Selbstmischen... die gelingt!

ab jetzt mit Sträupchen in der Tube **2,75** **4,35** in jeder Drogerie
 die Heurwische mit Vitamin **bestimmt bei**
Badenia-Drogerie Rudolf Chemnitz, Leopoldstr.

WELTPARTAG 30. OKTOBER 1952

Sparsam sein

ist der Leitgedanke zum Weltpartag

SPARE bei den **ÖFFENTLICHEN SPARKASSEN**

Zu der öffentlichen Gemeinderatssitzung am Mittwoch, den 29. Oktober 1952 um 19.00 Uhr im großen Rathssaal wird die Bevölkerung höflichst eingeladen.
 Der Bürgermeister

Eisele
 NEUE KURSE UND STUNDEN für jede Altersstufe

Zwischenzähler ab Lager lieferbar
RADIO-BECKER
 Fachgeschäft für Elektro- und Radiogeräte

Zu mieten gesucht
Zimmer

Zu kaufen gesucht
 Ca. 40 Ar Acker oder Wiesengrundstücke in Ettlingen (Umgebung) geg. Barzahlung zu kauf. ges. Angeb. unter 3925 an die EZ

3-Zimmer-Wohnung in Ettlingen oder Umgebung gegen Baukostenzuschuß von DM 3000.— sofort oder später zu mieten gesucht.
 Angeb. unter 3927 an die EZ

Grundstück in Ettlingen oder Umgebung zu kaufen gesucht.
 Angeb. unter 3930 an die EZ
 Bauplatz für Einfamilienhaus zu kaufen gesucht.
 Angeb. unter 3923 an die EZ

Für geregelten Stuhl
Neda Fruchtwürfel
 das natürliche Mittel, unschädlich, mild, zuverlässig

PETRIN
 schmerzfreie kritische Tage
 10 TABLETTEN 20 TABLETTEN 30 TABLETTEN 40

Bad. Staatstheater Karlsruhe
 Spielplan vom 26. Oktober bis 1. November 1952

Opernhaus:
 Sonntag, 26. 10., 20.00 Uhr „La Bohème“, Oper von G. Puccini
 Montag, 27. 10., 20.00 Uhr 1. Synchronkonzert für die Kunstgewerbe- und freier Kartenverkauf. Dirigent: Otto Matzerath. Solist: Herm. Biedler. Beethoven: Klavierkonzert Nr. 3 c-moll, Beethoven: 6. Symphonie (Pastorale)
 Dienstag, 28. 10., 20.00 Uhr 1. Vorstellung für das Dienstag-Fremdenabonnement D1 und freier Kartenverkauf „Falstaff“, komische Oper von Verdi
 Mittwoch, 29. 10., 20.00 Uhr 5. Vorstellung für das Abonnement A und freier Kartenverkauf „Pagania“, Operette von Franz Lehár
 Donnerstag, 30. 10., 20.00 Uhr 5. Vorstellung für Abonnement C und freier Kartenverkauf „Boris Godunow“, musikalisches Volksdrama von M. Mussorgski
 Freitag, 31. 10., 20.00 Uhr „Gräfin Mariza“, Operette von Emmerich Kalman. Dieses Werk erscheint nicht im Abonnement
 Samstag, 1. 11., 20.00 Uhr Gastspiel Werner Kraus „Vor Sonnenaufgang“, Schauspiel von Gerhard Hauptmann zum 90. Geburtstag des Dichters
 Sonntag, 2. 11., 20.00 Uhr Neuinszenierung „Undine“, Romantische Oper von Albert Lortzing

Schauspielhaus:
 Sonntag, 26. 10., 14.30 Uhr 3. Vorstellung für das Fremden-Sonntags-Abonnement. Schauspielgruppe A u. freier Kartenverkauf „Minna von Barnhelm“
 19.00 Uhr Öffentliche Gedenkfeier zum Tag der Treue. Anlässlich der Gedenkwoche für die Kriegsgefangenen
 Dienstag, 28. 10., 15.00 Uhr Vorstellung für die Jugendbühne „Robinson soll nicht sterben“, Jugendstück von Friedrich Forster
 20.00 Uhr geschlossene Vorstellung für die Kunstgewerbe-Schauspielgruppe 1 „Ein idealer Gast“, Komödie von Oscar Wilde
 Mittwoch, 29. 10., 15.00 Uhr Vorstellung für die Jugendbühne „Robinson soll nicht sterben“
 Donnerstag, 30. 10., 15.00 Uhr Vorstellung für die Jugendbühne „Robinson soll nicht sterben“
 20.00 Uhr 3. Vorstellung für das Donnerstag-Fremdenabonnement Schauspielgruppe 2 und freier Kartenverkauf „Minna von Barnhelm“
 Sonntag, 2. 11., 14.30 Uhr 3. Vorstellung für das Fremden-Sonntags-Abonnement Schauspielgruppe C und freier Kartenverkauf „Minna von Barnhelm“, Lustspiel von Lessing
 20.00 Uhr Sondervorstellung zu ermäßigten Preisen von DM 1.— bis DM 3.60 „Das Leben ein Traum“, Schauspiel von Calderon

Wahl-Ankündigung

gemäß § 4 Absatz 2 der Wahlordnung von 14. 8. 1952 (Bundesanzeiger Nr. 168/52 v. 30. 8. 1952)

I. Allgemein

Auf Grund des Gesetzes über die Selbstverwaltung und über Änderungen von Vorschriften auf dem Gebiet der Sozialversicherung (GSV) in der Fassung vom 13. 8. 1952 (BGBl. I, S. 427) wählen, nachdem der Landeswahlbeauftragte für die Durchführung der Wahlen in der Sozialversicherung im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg Nr. 41 vom 4. 10. 52 die Wahlankündigung gemäß § 4 der Wahlordnung erlassen hat, bei der

Allgemeinen Ortskrankenkasse
 des Stadt- und Landkreises Karlsruhe
 Karlsruhe

die Versicherten und die Arbeitgeber je zur Hälfte ihre Vertreter in die Vertreterversammlung und deren erste und zweite Stellvertreter je für sich getrennt in freier und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl.

Der Termin für die Wahlen wird noch festgesetzt.
 Für die Durchführung der Wahl ist ein Wahlausschuß gebildet worden.

II. Aufgaben des Wahlausschusses

Der Wahlausschuß wird nach der noch ausstehenden Festsetzung der Mitgliederzahl für die Vertreterversammlung sowie nach der für die erstmalige Wahl erfolgten Regelung anderer der Satzung vorbehaltener Bestimmungen durch den Bundeswahlbeauftragten öffentlich zur Einreichung von Vorschlagslisten für die Vertreterversammlung auffordern. Die Aufforderung wird u. a. die Angabe enthalten, bis zu welchem Zeitpunkt, an wen und an welche Anschrift die Vorschlagslisten einzureichen sind. Ferner wird die Aufforderung die Zahl der zu wählenden Mitglieder und Stellvertreter der Vertreterversammlung getrennt nach den einzelnen Wählergruppen, einen Hinweis auf die Voraussetzungen für die Aufstellung von Vorschlagslisten, über die Wahlberechtigung und die Wählbarkeit sowie einen Hinweis darauf enthalten, daß die einzelnen Wirtschaftszweige und Berufsgruppen angemessen vertreten sein sollen.

III. Aufstellung der Vorschlagslisten

Für die Einreichung der Vorschlagslisten gibt der Wahlausschuß jetzt schon folgende vorläufige Hinweise:

- Es wählen:
- a) die Versicherten einschließlich der Rentenberechtigten aus eigener Versicherung auf Grund von Vorschlagslisten der Gewerkschaften und der selbständigen Vereinigungen von Arbeitnehmern mit sozial- oder berufspolitischer Zwecksetzung;
 - b) die Arbeitgeber auf Grund von Vorschlagslisten der Vereinigungen von Arbeitgebern.
- Den Vorschlagslisten der vorerwähnten Organisationen stehen Vorschlagslisten gleich, wenn sie die Unterschriften von mindestens zweihundertfünfzig Wahlberechtigten tragen (freie Vorschlagslisten).

IV. Wahlberechtigung und Wählbarkeit

a) **Wahlberechtigung.**
 Wahlberechtigt und daher vorschlagsberechtigt sind grund-

sätzlich Versicherte einschließlich der Rentenberechtigten aus eigener Versicherung und Arbeitgeber, die das 18. Lebensjahr vollendet haben.

b) **Wählbarkeit.**

Wählbar und daher geeignet, als Vertreter der einzelnen Wählergruppen aufgestellt zu werden, sind nur solche Personen, die das aktive Wahlrecht zum Deutschen Bundestag besitzen, die also vor allem das 21. Lebensjahr vollendet und außerdem im Bezirk der Kasse ihren Wohnsitz haben oder im Bezirk der Kasse regelmäßig beschäftigt sind.

Vertreter der Versicherten einschließlich der Rentner aus eigener Versicherung müssen bei der Kasse versichert sein. Arbeitgeber, die selbst bei dem Versicherungsträger versichert sind, gelten für die Wahl als Arbeitgeber, wenn sie regelmäßig mindestens einen versicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigen. Liegen gleichzeitig die Voraussetzungen der Zugehörigkeit zu verschiedenen Gruppen desselben Versicherungsträgers vor, so begründet die Beschäftigung einer Hausgehilfin oder Hausangestellten nicht die Arbeitgeber-eigenschaft im Sinne dieser Vorschrift.

V. Form und Inhalt der Vorschlagslisten für die Vertreterversammlung

Die Wahlen der Vertreter sowie ihrer ersten und zweiten Stellvertreter finden auf Grund der für die einzelnen Gruppen getrennt eingereichten gültigen Vorschlagslisten statt. Listenverbindung ist bis zum Ablauf der Einreichungsfrist zulässig. Ist ein Wahlkandidat in mehreren Listen zur Wahl für das gleiche Organ vorgeschlagen, so wird ihn der Wahlausschuß unter Setzung einer Frist zur Erklärung darüber auffordern, für welche Liste der Vorschlag bestehen bleiben soll. Auf Grund der Erklärung hierüber wird der Name in den übrigen Listen gestrichen. Erklärt der Wahlkandidat innerhalb der gesetzten Frist nicht, für welche Liste der Vorschlag bestehen bleiben soll, so wird sein Name auf allen Listen gestrichen. Hat ein Wahlberechtigter mehr als eine Vorschlagsliste unterzeichnet, so wird sein Name auf allen Listen gestrichen.

Die Vorschlagsliste jeder Gruppe soll insgesamt mindestens so viele Namen enthalten, als Vertreter sowie erste und zweite Stellvertreter zu wählen sind. Die über die erforderliche Zahl hinaus vorgeschlagenen Wahlkandidaten und Stellvertreter gelten in der Reihenfolge, in der sie auf der Liste enthalten sind, als Ersatzleute der Liste.

Die Vorschlagslisten müssen zu ihrer Gültigkeit mit Schreibmaschine geschrieben sein und in dreifacher Fertigung eingereicht werden. Die eigenhändigen Unterschriften und etwa sonst eigenhändig gemachte Angaben der Listenunterzeichner müssen daneben oder darunter maschinenschriftlich wiederholt werden.

Die Wahlkandidaten sind nach Vor- und Zu- (bei Frauen auch Geburts-) Name sowie nach Beruf, Geburtstag sowie -ort, Wohnort und Wohnung genau zu bezeichnen; bei Pflichtversicherten, gesetzlichen Vertretern, Geschäftsführern und bevollmächtigten Betriebsleitern ist auch der Arbeitgeber (Firma) anzugeben; freiwillig Versicherte und Rentner sind als solche zu bezeichnen. Die Wahlkandidaten sind fortlaufend mit Ziffern aufzuführen; für jeden Wahlkandidaten sind unter Verwendung der Buchstaben a) und b) sein erster und sein zweiter Stellvertreter anzugeben. Der Name des Spitzenkandidaten ist das Kennwort der Liste; sonst kann als Kennwort nur der Name der vorgeschlagenen Organisation angegeben werden; andere Kennwort sind unzulässig.

Für jeden auf der Vorschlagsliste enthaltenen Kandidaten ist mit der Einreichung der Vorschlagsliste eine Erklärung

vorzulegen, daß er bereit ist, eine Wahl anzunehmen; ferner ist eine — gebührenfreie — Bescheinigung der Gemeindebehörde seines Wohnortes vorzulegen, daß keine Gründe vorliegen, welche das aktive Wahlrecht zum deutschen Bundestag ausschließen, wenn der Wahlausschuß des aus besonderen Gründen im Einzelfall für erforderlich hält.

Die Vorschlagslisten der Gewerkschaften, der selbständigen Vereinigungen von Arbeitnehmern mit sozial- oder berufspolitischer Zwecksetzung und der Vereinigungen der Arbeitgeber müssen von den zur Vertretung berufenen Personen unterschrieben sein. Für die Unterschriften unter freie Vorschlagslisten gilt § 4 Abs. 1 Sätze 9 und 10 sowie § 4 Abs. 9 Satz 1 GSV.

In jeder Vorschlagsliste soll ein besonderer Vertreter der Vorschlagsliste (sowie dessen Stellvertreter) angeführt werden, der insbesondere zur Abgabe von Erklärungen gegenüber dem Wahlausschuß berechtigt ist (Listenvertreter).

Als Vertreter von Vorschlagslisten der Gewerkschaften, der selbständigen Vereinigungen von Arbeitnehmern mit sozial- oder berufspolitischer Zwecksetzung und der Vereinigungen der Arbeitgeber gilt jeder Unterschriften der Liste. Scheiden solche Vertreter aus ihrer Organisation aus, so können die Organisationen andere Vertreter benennen. Sind im Falle freier Vorschlagslisten keine Listenvertreter benannt, so gilt der erste Unterschriften als Listenvertreter, die übrigen Unterschriften gelten in der Reihenfolge der Liste als Stellvertreter.

Erklärt bei einer freien Vorschlagsliste mehr als die Hälfte der Unterschriften schriftlich in der für die Einreichung der Vorschlagsliste vorgeschriebenen Form, daß der Listenvertreter oder sein Stellvertreter durch einen anderen ersetzt werden soll, so tritt dieser mit Zugang der Erklärung beim Wahlausschuß an die Stelle des bisherigen Listenvertreters oder eines Stellvertreters. Nach Zulassung der Liste ist keine Änderung in der Vertretung der Liste mehr statthaft.

Der Listenvertreter ist bis zur Entscheidung des Wahlausschusses über die Zulassung von Vorschlagslisten berechtigt und verpflichtet, Beanstandungen zu beseitigen; er kann für Wahlkandidaten, deren Vorschläge den Erfordernissen des Gesetzes und der Wahlordnung nicht genügen, auch andere Kandidaten benennen.

VI. Wahl ohne Abstimmung

Wird aus einer Wählergruppe der Versicherten und Arbeitgeber jeweils nur eine gültige Vorschlagsliste eingereicht oder bleibt nur eine gültige Liste bestehen, so findet keine Wahl statt. Das gleiche gilt, wenn alle gültigen Listen gleichzeitig zusammengelegt werden, wenn mehrere Vorschlagslisten zusammen nur die vorgeschriebene Zahl von Vertretern oder weniger enthalten (fehlende Vertreter beruft die Aufsichtsbehörde aus der Zahl der Wählbaren, sie wird hierbei eingereichte Vorschlagslisten zugrunde legen), wenn Vorschlagslisten überhaupt nicht oder nicht rechtzeitig eingereicht oder nicht zugelassen werden.

Die in einer Vorschlagsliste vorgeschlagenen gelten in der Reihenfolge, in der sie auf der Liste enthalten sind, als gewählt.

Findet eine Wahl nicht statt, so wird der Wahlausschuß dies dem Listenvertreter rechtzeitig mitteilen und vor dem Wahltag öffentlich bekannt machen, daß keine Wahl stattfindet.

Karlsruhe, den 21. Oktober 1952.

Allgemeine Ortskrankenkasse Karlsruhe
 Der Wahlausschuß:
 Seiter i.V. Schäfer Geisser